



Weiter auf steinigem Weg

IHK-Energiewende-Barometer 2016

Fakten | Trends | Forderungen



Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

Mit dem „Energiewende-Barometer“ stellt der DIHK die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung vor, an der sich das unternehmerische Ehrenamt und weitere Mitgliedsunternehmen der IHK-Organisation beteiligt haben.

Grundlage der Auswertung sind 2.171 eingegangene Antworten. Diese verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (43 Prozent), Bauwirtschaft (4 Prozent), Handel (15 Prozent) und Dienstleistungen (38 Prozent). In regionaler Hinsicht kommen die Antworten zu 16 Prozent aus dem Norden Deutschlands, zu 37 Prozent aus dem Westen, zu 22 Prozent aus dem Osten und zu 25 Prozent aus dem Süden. Dem Norden werden die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem Westen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Osten die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Süden Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Die Befragungen fanden vom 6. bis zum 24. Juni 2016 statt.

Ist in dieser Auswertung von Mitarbeitern u. ä. die Rede, sind selbstverständlich auch Mitarbeiterinnen gemeint. Die Verwendung nur einer Geschlechtsform wurde wegen der besseren Lesbarkeit gewählt und ist nicht benachteiligend gemeint.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK) – Berlin 2016

Copyright: Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Herausgeber © Deutscher Industrie- und Handelskammertag | Berlin | Brüssel
IHK-Energiewende-Barometer ISSN 2196-9876

DIHK Berlin:

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon (030) 20 308-0 | Telefax (030) 20 308 1000

DIHK Brüssel:

Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon +32(0)2 286 1611 | Telefax +32(0)2 286 1605

Internet: www.dihk.de

Durchführung DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Dr. Hermann Hüwels, Mark Becker, Dr. Sebastian Bolay, Till Bullmann, Jakob Flechtner

Berlin, September 2016

Inhaltsverzeichnis

1. Das Wichtigste in Kürze	2
2. Energiewende-Barometer: Die Sicht der Unternehmen.....	4
3. Energiewende in Unternehmen noch kein Selbstläufer	6
4. Energiepreise: Sinkender Ölpreis sorgt für Entspannung	14
5. Versorgungssicherheit: Achillesferse Netzausbau.....	17
6. Politik bremst Energiewende in den Unternehmen.....	20
7. Zusammenfassung: Das empfiehlt die Wirtschaft	28

1. Das Wichtigste in Kürze

I. Weniger kritisch, aber kein Selbstläufer

- Die Chancen und Risiken der Energiewende gleichen sich 2016 über alle Unternehmen hinweg aus. Auf einer Skala von -100 (Auswirkungen von allen „sehr negativ“ bewertet) bis +100 (alle „sehr positiv“) liegt die durchschnittliche Bewertung der Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bei +0,8. In den Vorjahren war die Bewertung im negativen Bereich. Jedes zweite Unternehmen verspürt derzeit keinen Einfluss der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit.
- Gleichzeitig liegen viele Möglichkeiten für Investitionen im Sinne der Energiewende aufgrund der aktuellen rechtlichen und marktlichen Rahmenbedingungen brach. Anders als der bessere Barometerwert erwarten lässt, stagniert zudem der Anteil der Unternehmen, die aufgrund der Energiewende neue Absatzmärkte oder Geschäftsfelder erschließen. Es ist daher fraglich, ob das Energiewende-Know-how „made in Germany“ im gewünschten Maße weltweit nachgefragt wird.

II. Industrie spürt Energiewendekosten – Baubranche mit neuen Chancen

- Die Industrie spürt die Energiewendekosten am intensivsten (Barometerwert -13,2), auch wenn besonders energieintensive Industrieunternehmen sehen, dass Entlastungen bei Stromsteuern, Netzentgelten und EEG-Umlage, auf die sie für ihre Wettbewerbsfähigkeit angewiesen sind, vorerst nicht gefährdet sind. Mit der Umstellung der KWK-Umlage und die wieder anziehende EEG-Umlage kommen auf viele Betriebe neue Kosten zu.
- In den Branchen Handel (+0,3), Dienstleistung (+7,1) und Bau (+11,1) wird die Energiewende neutral oder leicht positiv für die eigene Wettbewerbsfähigkeit bewertet. Bereits umgesetzte Maßnahmen im Bereich Energieeffizienz zur Senkung der Stromkosten und das zuletzt stabile Strompreisniveau entfalten ihre Wirkung. Während im Bereich Handel und Dienstleistungen der Anteil der Unternehmen, die von der Energiewende profitieren, weiter relativ gering ist (16 bzw. 23 Prozent), nimmt unter dem Bauunternehmen zumindest ein Drittel eine positive Bewertung vor. Fast die Hälfte der Bauunternehmen (48,5 Prozent) nutzen die Energiewende, um neue Geschäftsfelder zu erschließen.

III. Chancen und Risiken zwischen Regionen ungleich verteilt

- Die Energiewende verteilt Chancen und Risiken zwischen den Regionen und den Unternehmensgrößen weiter unterschiedlich. Während der Norden mit +6,4 und der Süden mit +1,9 eine leicht positive Bilanz ziehen, werden die Folgen der Energiewende im Westen mit -2,8 und Osten mit -0,7 etwas kritischer eingeschätzt - wenngleich deutlich weniger negativ als in den Vorjahren.

IV. Energiepreise: Sinkender Ölpreis lässt Barometerwert klettern

- Energie ist im Jahresvergleich für fast die Hälfte der Unternehmen billiger geworden: 46 Prozent mussten für Öl, Gas oder Fernwärme weniger in die Tasche greifen. Die weiterhin entspannte Situation auf den Energierohstoffmärkten kam damit deutlich zum Tragen und sorgte für einen Anstieg des Barometerwertes.
- Da Erdöl, Erdgas und Steinkohle international gehandelt werden, ergibt sich für die Unternehmen aber daraus kein positiver Effekt für die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Die Kostenbelastung vieler Unternehmen bleibt im internationalen Vergleich hoch.

V. Versorgungsqualität auf hohem Niveau

- Unterbrechungen der Stromversorgung haben für Unternehmen in den vergangenen zwölf Monaten eher eine abnehmende (21 Prozent) als eine steigende Bedeutung (17 Prozent) gehabt.
- Nur in Süddeutschland halten sich Bedeutungszuwachs und -rückgang der Stromversorgungssicherheit die Waage (19 Prozent). Tatsächlich zeigen sich bei einem insgesamt weiter sehr guten Niveau der Versorgungssicherheit in Süddeutschland etwas mehr Probleme mit der Netzstabilität.

VI. Energieeffizienz: Einsparpotenziale gehen zurück

- Die Anzahl der Unternehmen, die hohe Einsparpotenziale von mehr als 5 Prozent in den kommenden fünf Jahren sehen, ging von 27 auf 24 Prozent zurück.
- Der Rückgang ist auch ein Indiz für Energieeffizienzmaßnahmen, die in den letzten zwölf Monaten durchgeführt wurden. Weit über die Hälfte der Betriebe (60 Prozent) haben bereits in Energieeffizienz investiert.

VII. Eigenerzeugung: Der Trend ist beendet

- Bereits seit 2013 steigt die Anzahl der Unternehmen, die auf Eigenerzeugung setzen oder den Einstieg planen, nicht mehr an. 2016 ist zum ersten Mal die Zahl der realisierten Maßnahmen gesunken.
- Dies deutet darauf hin, dass einige Unternehmen aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen und fehlender Planungssicherheit keine Ersatzinvestitionen getätigt bzw. auf Volleinspeisung der Anlage umgestellt haben. Bei vielen geplanten Projekten ist davon auszugehen, dass sie nicht realisiert wurden.

VIII. Alternative Antriebe: Angebot passt noch nicht

- Erwerb oder Leasing von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben ist noch eine Nische. Zu den Hindernissen zählen aus Firmensicht insbesondere, dass die Fahrzeuge die geforderten Anforderungsprofile nicht erfüllen (83 Prozent) und keine ausreichende Lade- und Tankstelleninfrastruktur besteht (67 Prozent).
- Dennoch nutzen bereits 12 Prozent der Unternehmen mit eigenem Fuhrpark zumindest ein Elektrofahrzeug und 5 Prozent ein Erdgasfahrzeug. Interesse und Berührungspunkte bestehen also. 23 Prozent der Unternehmen beabsichtigen E-Fahrzeuge anzuschaffen.

IX. Neue Netze – ja, bitte

- Trotz des besseren Barometerwerts bleibt die Energiewende von vielen Baustellen gekennzeichnet. Wichtigste Empfehlung der Unternehmen ist mit 78 Prozent der Netzausbau. Der Wert stieg im Jahresvergleich um drei Prozentpunkte. Die Energiewende kann nur dann ein Erfolg sein, wenn der Strom auch dort ankommt, wo er gebraucht wird.
- Daneben bleiben die hohen Stromkosten ein zentrales Thema. Mehr als jeder zweite Betrieb (57 Prozent) spricht sich für eine Senkung der staatlichen Strompreisbelastungen aus.

2. Energiewende-Barometer: Die Sicht der Unternehmen

In Paris haben sich Ende 2015 die UN-Mitgliedstaaten auf ambitionierte Klimaschutzziele geeinigt. Die globale Erderwärmung soll auf deutlich unter 2 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Niveau begrenzt werden. In Deutschland steht die Energiewende für den Kern der Bemühungen, die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Es gilt zu zeigen, dass eine Energieversorgung auf Grundlage erneuerbarer Energien nicht nur technisch, sondern zu wettbewerbsfähigen Kosten und ohne Abschläge bei der Zuverlässigkeit möglich ist und damit das im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) verankerte Zieldreieck aus Wirtschaftlichkeit, Umweltschutz und Versorgungssicherheit eingehalten werden kann. Nur dann kann die Energiewende in Deutschland ein internationales Vorbild für den Klimaschutz sein.

Im Bereich Strom sind der Ausbau und die Nutzung der Erneuerbaren relativ weit vorangeschritten. Ein Drittel des Stromverbrauchs wird durch erneuerbare Energien gedeckt, vor allem aus Windkraft- und PV-Anlagen. Große Herausforderungen stehen in den Bereichen Mobilität und Wärme an: Um die langfristigen Ziele zur CO₂-Einsparung zu erreichen, sind eine weitere Steigerung der Energieeffizienz und eine vermehrte Nutzung erneuerbarer Energien erforderlich. Die Energiewende bleibt ein komplexes Projekt mit hohen Investitionskosten.

Die Energiewende darf nicht dazu führen, die anhaltende Investitionsschwäche in Deutschland¹ zu verstärken. Die Folgekosten der Energiewende bekommen besonders solche Unternehmen stark zu spüren, deren Produkte und Dienstleistungen energieintensiv sind und im globalen Wettbewerb stehen. Gerade diese energieintensiven Branchen weisen jedoch in den letzten Jahren eine besonders schwache Investitionsentwicklung auf: Seit 2001 liegt die Summe der Abschreibungen über den Investitionen in neue Anlagen. Energieintensive Unternehmen gehören überwiegend der Vorleistungsgüterindustrie an und spielen daher für die traditionell langen Wertschöpfungsketten in Deutschland eine wichtige Rolle. Aufgrund ihrer hohen prozessbedingten Energieverbräuche sind sie auf Entlastungen beim Energie- und Strombezug angewiesen. Diese werden aber in der Öffentlichkeit zunehmend in Frage gestellt. Die Diskussionen um die besondere Ausgleichsregelung im EEG, die Einschränkung der Abgabenbefreiung der Eigenerzeugung, die Entlastungen bei den Netzentgelten und die beihilferechtliche Vereinbarkeit von Entlastungen bei der Strom- und Energiesteuer mit anderen Entlastungen führen dazu, dass vor allem energieintensive Unternehmen sich mit Investitionen in Deutschland zurückhalten. Der Vertrauensschutz für Investitionen wird Zug um Zug ausgehöhlt. Das schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland weit über das Thema Energieversorgung hinaus.

Eine verantwortungsbewusste und verlässlich ausgestaltete Energiewende ist die bessere Industriepolitik und kann dazu beitragen, Investitionen in Deutschland anzukurbeln. Investitionen u. a. in erneuerbare Energien, die Netzinfrastruktur, die Digitalisierung der Energieversorgung, Energieeffizienztechnologien und alternative Antriebe brauchen klare und verlässliche Rahmenbedingungen.

¹ Vgl. DIHK-Konjunkturumfrage Frühjahr 2016; DIHK-Schlaglicht Wirtschaftspolitik „Investitionsschwäche in Deutschland“ (Sommer 2014).

Die Energiewende mag in der öffentlichen Wahrnehmung zunächst ein politisches Projekt sein, das durch Gesetze und Verordnungen gestaltet wird. Der Umbau des gesamten Energiesystems findet aber letztlich ganz konkret in den Regionen und in den Unternehmen statt. Erst hier zeigt sich, ob Anspruch und Wirklichkeit der Energiewende übereinstimmen und wo Korrekturen erforderlich sind. Die Perspektiven unterschiedlicher Branchen und Regionen zu beschreiben und miteinander ins Verhältnis zu setzen, ist Ziel des jährlichen Energiewende-Barometers von DIHK und den 79 Industrie- und Handelskammern. Dabei sollen Defizite bei der Umsetzung der Energiewende ebenso klar benannt werden wie Fortschritte und Erfolge.

Die IHKs sind in den Regionen auf vielfache Weise selbst aktiv, um Unternehmen zu helfen, Infrastrukturprojekte voranzubringen und damit die Energiewende zu unterstützen. Zwei Beispiele: Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) sowie dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) hat die IHK-Organisation die „Mittelstandsinitiative Energiewende und Klimaschutz“ gegründet. Die Mittelstandsinitiative zielt darauf ab, die Themen Energiewende und Klimaschutz stärker in Richtung Mittelstand zu kommunizieren und gemeinsame, neue Angebote zur Hilfe und Unterstützung zu entwickeln. Zudem unterstützt die IHK-Organisation die Einrichtung von Energieeffizienznetzwerken für den freiwilligen, systematischen und zielgerichteten Erfahrungsaustausch von Unternehmen.

Grundlage des Energiewende-Barometers ist eine Umfrage zu Energiepreisen, -einsatz und -versorgung, zu Maßnahmen, mit denen die Unternehmen auf die Folgen der Energiewende reagieren und zu den Forderungen der Wirtschaft an die Politik. Soweit nach Energiepreisen gefragt wird, reflektieren die Antworten auch Entwicklungen auf den Weltmärkten für Öl und Gas, auf die die deutsche Energiepolitik keinen direkten Einfluss hat. An der Umfrage im Juni 2016 haben sich insgesamt 2.171 Unternehmen beteiligt. Der Bezugszeitraum für die Fragen reicht von Juli 2015 bis Juni 2016.

3. Energiewende in Unternehmen noch kein Selbstläufer

Unternehmen können sich nur im Wettbewerb behaupten, wenn sie ihre Produkte und Dienstleistungen zu konkurrenzfähigen Preisen und Qualitäten auf dem heimischen sowie globalen Markt anbieten können. Mit Blick auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit bewerteten die Unternehmen die Energiewende in den letzten Jahren im Schnitt eher kritisch. Diese Bewertung hat sich nach und nach verbessert. Heute gleichen sich über alle Unternehmen hinweg die Chancen und Risiken der Energiewende aus. Auf einer Skala von -100 (Auswirkungen von allen „sehr negativ“ bewertet) bis +100 (alle „sehr positiv“) liegt die durchschnittliche Bewertung der Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bei +0,8². Damit ist das Ergebnis neutral.



Abbildung 1: DIHK-Energiewende-Barometer.

Gegenüber den vorangegangenen Jahren hat sich der Wert insgesamt verbessert. 2012 lag er bei -12,5, 2013 bei -10,7, 2014 bei -12,8 und 2015 bei -3,4.³ Zwischen den Regionen, den Unternehmensgrößen und insbesondere zwischen den Branchen zeigen sich aber weiter deutliche Unterschiede in der Bewertung.

² Der Wert beruht auf Antworten auf die Frage „Wie beurteilen Sie insgesamt die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?“, wobei die Einschätzung „sehr negativ“ mit -100, „negativ“ mit -50, „neutral“ mit 0, „positiv“ mit +50 und „sehr positiv“ mit +100 in die Berechnung der durchschnittlichen Bewertung eingeht. Bei einem Durchschnittswert von 0 sind positive und negative Bewertungen ausgeglichen oder nur neutrale Bewertungen vorgenommen worden. Bei einem Wert von +100 hätten alle Befragten mit „sehr positiv“ geantwortet.

³ IHK-Energiewende-Barometer 2012: Noch überwiegt die Skepsis. IHK-Energiewende-Barometer 2013: Unternehmen packen's an – die Skepsis bleibt. IHK-Energiewende-Barometer 2014: Mehr Verlierer weniger Gewinner. IHK-Energiewende-Barometer 2015: Anpassung statt Aufbruch.

**Einfluss der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit,
Anteil der Unternehmen mit positiver und negativer Bewertung
in Prozent für 2012 bis 2016**

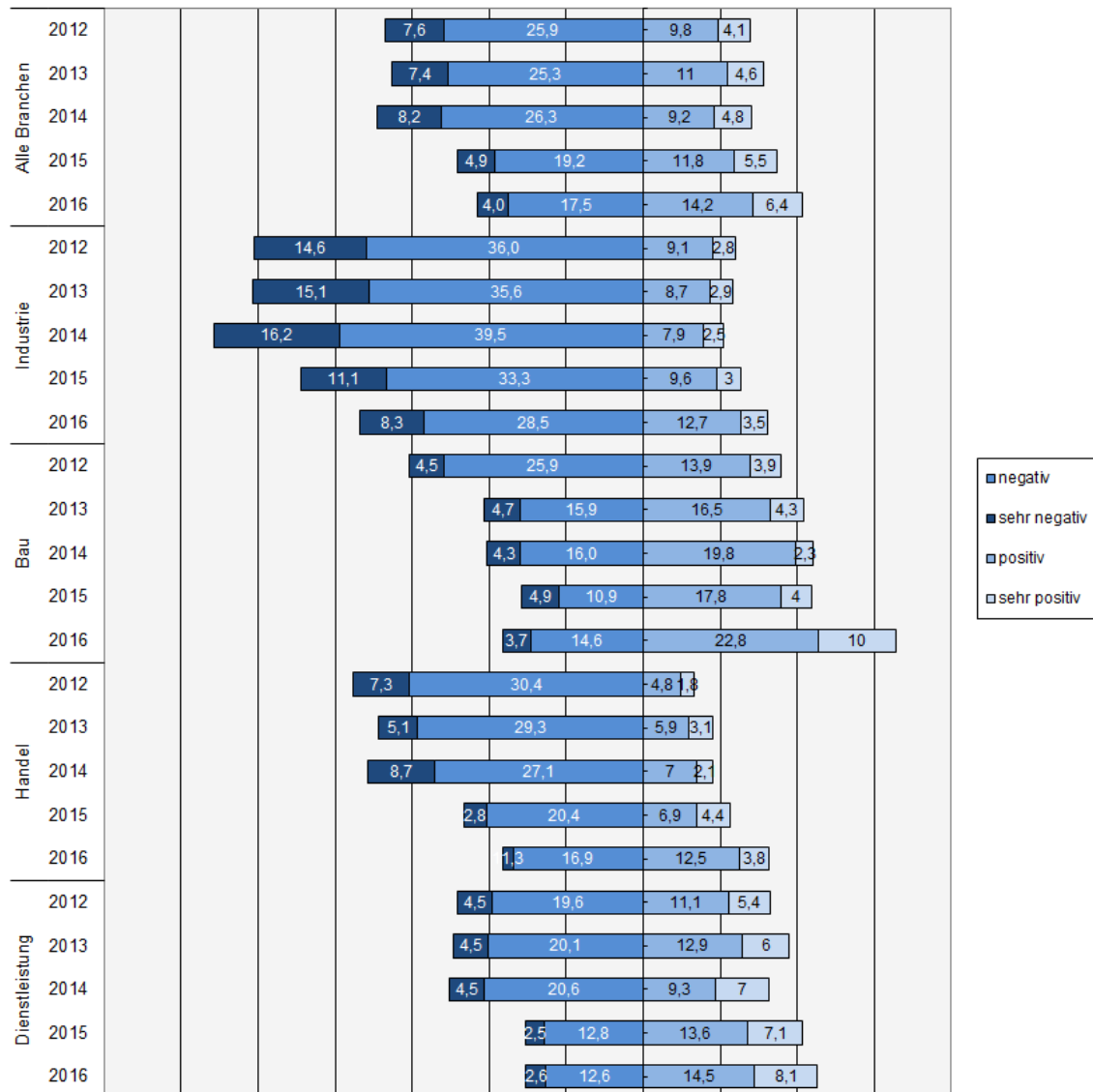


Abbildung 2: Einfluss der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit, Unternehmen mit positiver und negativer Bewertung in Prozent. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.⁴

Über alle Branchen hinweg sind die kritischen Bewertungen (negativ und sehr negativ) um drei Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Der Anteil der Unternehmen mit einer positiven Bewertung ist etwa im gleichen Maße gestiegen. Neutrale Bewertungen dominieren mit 51 Prozent nach wie vor. Dabei handelt es sich um Unternehmen, die einen geringen Einfluss der Energiewende auf das eigene Geschäft sehen bzw. bei denen sich positive und negative Aspekte die Waage halten. Fazit für 2016 ist daher: Weiter auf steinigem Weg. Die Bewertung der Energiewende ist insgesamt weniger kritisch als vor Jahresfrist. Viele Möglichkeiten für Investitionen im Sinne der Energiewende liegen aber aufgrund der rechtlichen und marktlichen Rahmenbedingungen brach.

⁴ Fehlende Prozentangaben zu 100 Prozent: Neutral bzw. keine Einschätzung möglich.

Das stabile, für einige Unternehmen sogar sinkende Preisniveau beim Strom- und vor allem Energiebezug (Erdgas, Diesel, Benzin, Heizöl) ist ein wesentlicher Grund für den gestiegenen Barometerwert. Gesunkene Großhandelspreise für Strom kommen Schritt für Schritt bei den Unternehmen an. Eine Befragung in der Energiewirtschaft über die Einschätzung der Energiewende kommt aufgrund des positiven Ergebnisses zum dem Schluss: „Die Unternehmen haben sich vermutlich an die ständigen Veränderungen gewöhnt (...). Der Wandel ist zur Regel geworden.“⁵ Dies ist sicherlich auch aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive eine richtige Einschätzung und hat zur Verbesserung des Barometerwerts beigetragen. Die Energiewende ist Alltag geworden.

Andererseits kündigen sich schon heute Strompreissteigerungen an, die erst mittel- bis langfristig in ihrem vollen Umfang zum Tragen kommen. Der schleppende Ausbau des Übertragungsnetzes steht einer hohen Versorgungssicherheit, wettbewerbsfähigen Strompreisen und dem freien Handel im europäischen Strombinnenmarkt entgegen. Bereits 2015 sind die Kosten für den Einsatz von Kapazitäten zur Netzstabilisierung bei Netzengpässen sprunghaft auf etwa eine Milliarde Euro gestiegen. Weitere Steigerungen in den kommenden Jahren sind absehbar. Diese Kosten werden auf die Netzentgelte umgelegt. Ein Anstieg der Netzentgelte ist auch aufgrund des notwendigen Ausbaus der Verteilnetze, insbesondere in Regionen mit hohem EE-Ausbau, sowie der Übertragungsnetze zu erwarten. Darüber hinaus beunruhigt viele Unternehmen der 2017 erwartete deutliche Anstieg der EEG-Umlage. Er wird zu Zusatzbelastungen im kommenden Jahr von zwei bis drei Mrd. Euro führen. Insgesamt ist bis 2025 von kumulierten Mehrkosten für die Stromverbraucher in Höhe von rund 100 Mrd. Euro zu rechnen.

Die Energiewende im regionalen Vergleich

Die Energiewende verteilt Chancen und Risiken zwischen den Regionen weiter unterschiedlich. Während der Norden (Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein) mit +6,4 und der Süden (Baden-Württemberg und Bayern) mit +1,9 eine leicht positive Bilanz ziehen, werden die Folgen der Energiewende im Westen (Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland) mit -2,8 und Osten (Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) mit -0,7 weiter negativ eingeschätzt - wenngleich deutlich weniger kritisch als in den Vorjahren. Dieses Ergebnis zeigt: Für Unternehmen im Norden bringt die Energiewende die meisten Chancen.

Die deutlichste Verbesserung ist in der ostdeutschen Wirtschaft zu verzeichnen. Die Unternehmen, die von der Energiewende profitieren, und diejenigen, die negative Folgen spüren, halten sich inzwischen die Waage mit jeweils rund 20 Prozent. Die Einschätzungen „negativ“ und „sehr negativ“ sind in den letzten Jahren um 15 Prozentpunkte gesunken. Die im Bundesvergleich hohen Stromnetzentgelte belasten ostdeutsche Unternehmen aber weiterhin stark.

In den westlichen Bundesländern wird die Energiewende am kritischsten bewertet. Dazu passt, dass der Anteil derjenigen Unternehmen, die von der Energiewende profitieren, mit 17,5 Prozent niedriger als in den anderen drei Regionen ist. Fast ein Viertel (23,8 Prozent)

⁵ EY (2016): Digitale Geschäftsmodelle. Stadtwerkstudie 2016.

sieht seine Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Wie in Ostdeutschland prägt der relativ hohe Anteil energieintensiver Industrieunternehmen die im Bundesvergleich kritischere Bewertung.

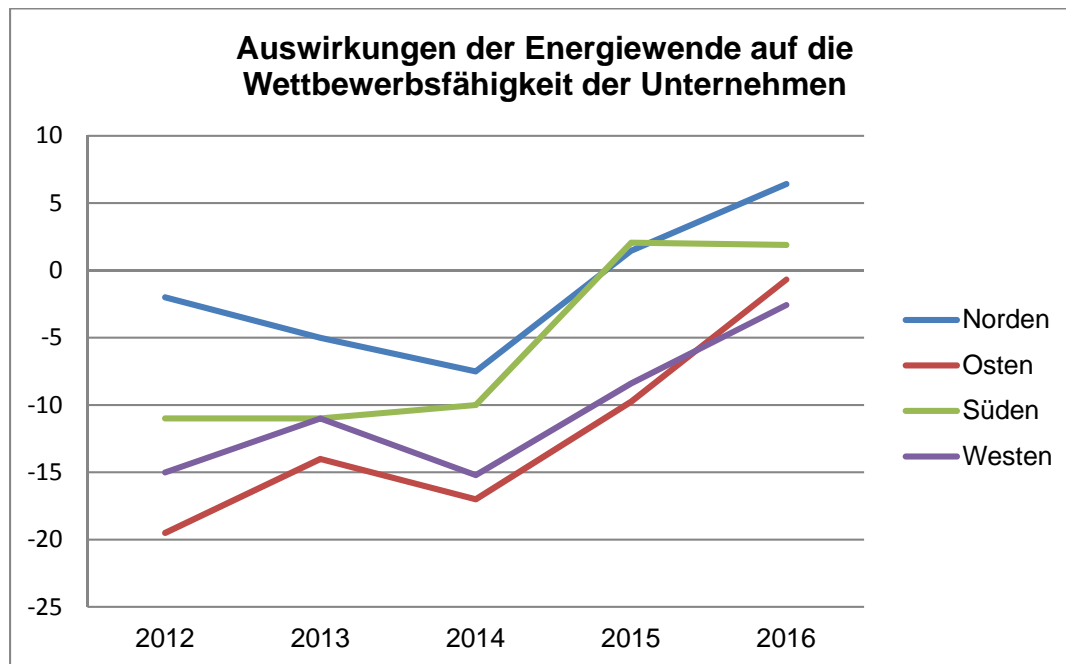


Abbildung 3: Bewertung Energiewende nach Regionen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

In Süddeutschland hatte sich der Wert des Energiewende-Barometers von Umfrage zu Umfrage verbessert. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich jetzt eine Stabilisierung im leicht positiven Bereich. Die im Süden starken Befürchtungen hinsichtlich der Versorgungssicherheit und die intensiven Diskussionen um den Ausbau der Netze und neuer Gaskraftwerke zur Sicherung der Versorgung sind Gründe dafür, dass sich die Bewertung anders als in den drei anderen Regionen nicht weiter verbessert hat. Daneben ist im Süden auch die Diskussion um die Trennung der deutsch-österreichischen Strompreiszone und die damit verbundene Sorge um steigende Strompreise weiter ein wichtiges Thema.

In Norddeutschland fällt die Bilanz der Energiewende in der Wirtschaft mit +6,4 positiv aus. Von einem Viertel der Unternehmen (25,3 Prozent) wird die Energiewende als positiv für das eigene Geschäft gesehen. Der Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere der Windenergieausbau, kommt norddeutschen Unternehmen direkt oder indirekt zugute.

Die Energiewende im Branchenvergleich

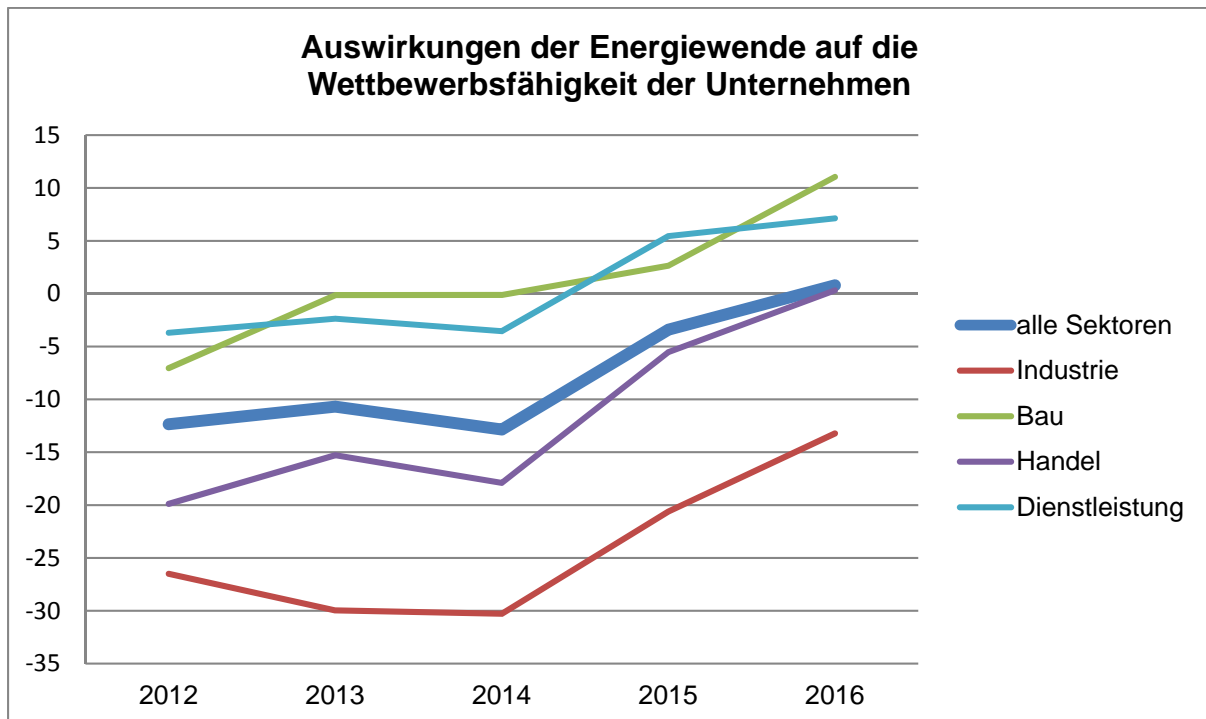


Abbildung 4: Bewertung der Sektoren: Einfluss der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Industrie: (Noch) Keine Entwarnung

Aufgrund ihrer spezifisch höheren Energieintensität und besonderen Anforderungen an eine unterbrechungsfreie Stromversorgung sind **Industrieunternehmen** von Kostensteigerungen und Problemen bei der Versorgungsqualität besonders betroffen. Betriebsunterbrechungen aufgrund von Stromausfällen führen zu fehlenden Stückzahlen und gefährden die Liefertreue. Erzeugnisse aus unterbrochenen Produktionsprozessen können zum Teil nicht weiterverwendet werden.

Mit -13,2 erreicht die Industrie den mit Abstand besten Wert aller bisherigen Barometer, sieht aber im Vergleich zu den anderen Branchen weiterhin deutlich mehr Risiken als Chancen. Zwar bewerten 16 Prozent die Energiewende als gut für das eigene Geschäft (+3 Prozentpunkte), gleichzeitig sehen 37 Prozent sie weiterhin als Gefahr (-7 Prozentpunkte). Der bessere Barometerwert ist damit nicht mit einer Entwarnung für die Industrienation Deutschland gleichzusetzen. Trotz sinkender Ölpreise und nur geringer Steigerungen bei den Strompreisen seit 2014 ist die Energiekostenschere zu anderen Ländern in Europa oder den USA für die meisten Unternehmen nach wie vor weit geöffnet. Besonders negativ betroffen von der Energiewende sehen sich große Industriebetriebe mit mindestens 500 Mitarbeitern. In dieser Gruppe liegt der Barometerwert bei -15,7.

Energieintensive Industrieunternehmen sind auf Entlastungen bei Stromsteuern, Netzentgelten und der EEG-Umlage angewiesen. Ihre Wettbewerbsfähigkeit hängt damit an politischen Entscheidungen. Immerhin ist der Trend der letzten Jahre zu Kapazitätsverlagerungen ins Ausland und Einschränkungen der Produktion im Inland derzeit weniger ausgeprägt. So sind

die geplanten Verlagerungsmaßnahmen von 11 auf 7 Prozent der Industrieunternehmen zurückgegangen.

Handel nimmt neutrale Bewertung vor

Ebenfalls deutlich aufgeheitert hat sich die Energiewende-Stimmung im Handel. Der Barometerwert hat sich innerhalb der letzten zwei Jahre von -18 auf +0,3 verbessert. Nur noch 1 Prozent der Handelsunternehmen sieht sehr negative Auswirkungen der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit. 17 Prozent nehmen eine negative Bewertung vor. Allerdings können die Handelsunternehmen auch nicht auf breiter Front von der Energiewende profitieren (16 Prozent). Positiv können sich im Handel umgesetzte Maßnahmen im Bereich Energieeffizienz zur Senkung der Stromkosten und das stabile Strompreinsniveau ausgewirkt haben. Zu berücksichtigen ist aber auch, dass der Handel kaum Entlastungsmöglichkeiten hat. Er ist vom Anstieg des staatlichen Anteils an den Stromkosten also besonders betroffen gewesen.

Bau- und Dienstleistungsbranche profitieren

Besser als die beiden zuvor genannten Branchen schneidet die Energiewende in der Bau- und Dienstleistungsbranche ab. Die Einschätzung der **Bauunternehmen** ist mit +11,1 klar im positiven Bereich der Barometerskala. Hinter dieser Einschätzung der Bauunternehmen stehen die erwarteten hohen Investitionen z. B. zur Steigerung der Gebäudeenergieeffizienz. Aber auch Infrastrukturmaßnahmen und weiterhin Geschäftschancen bei der Installation von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien wirken sich positiv aus. Fast die Hälfte der Unternehmen in der Baubranche (48,5 Prozent) nutzen inzwischen die Energiewende, um neue Geschäftsfelder zu erschließen. Das sind über 10 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr (35,7 Prozent) und deutlich mehr als im Schnitt aller Branchen (26,5 Prozent). Allerdings ist die Baubranche sehr auf den nationalen Markt ausgerichtet, nur eine Minderheit versucht, Absatzmärkte im Ausland zu erschließen.

Und auch bei den **Dienstleistungsunternehmen** überwiegen im Schnitt die positiven die negativen Auswirkungen der Energiewende. Mit +7,1 wurde, wie bereits im vergangenen Jahr, (+5,5) ein leicht positives Fazit gezogen. Der Anteil der Unternehmen mit einer positiven und sehr positiven Bewertung ist gegenüber dem Vorjahr noch einmal um 2 Prozentpunkte gestiegen. Im Schnitt niedrigere Stromkostenanteile an den Gesamtkosten ziehen die Bewertung weniger stark nach unten als in anderen Branchen.

Die Energiewende im Größenvergleich

Wie im Regionen- und im Branchenvergleich ergeben sich auch beim Vergleich der verschiedenen Unternehmensgrößen Unterschiede in der Bewertung der Energiewende in puncto Wettbewerbsfähigkeit. Im Großen und Ganzen mehr Vorteile als Nachteile aus der Energiewende sehen **kleinere Unternehmen** (10 bis 19 Mitarbeiter) mit einem Barometerwert von +8. Bei Kleinstunternehmen mit bis zu 9 Mitarbeitern überwiegen die Chancen noch deutlicher (Barometerwert: +15). Der Barometerwert kleinerer Unternehmen hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert. Zu berücksichtigen ist, dass in den beiden kleinsten Größengruppen die durchschnittliche Energieintensität und damit die Betroffenheit von Energiepreisstärkerungen deutlich geringer ist als in den Größenklassen mit 20 und mehr Mitarbeitern.

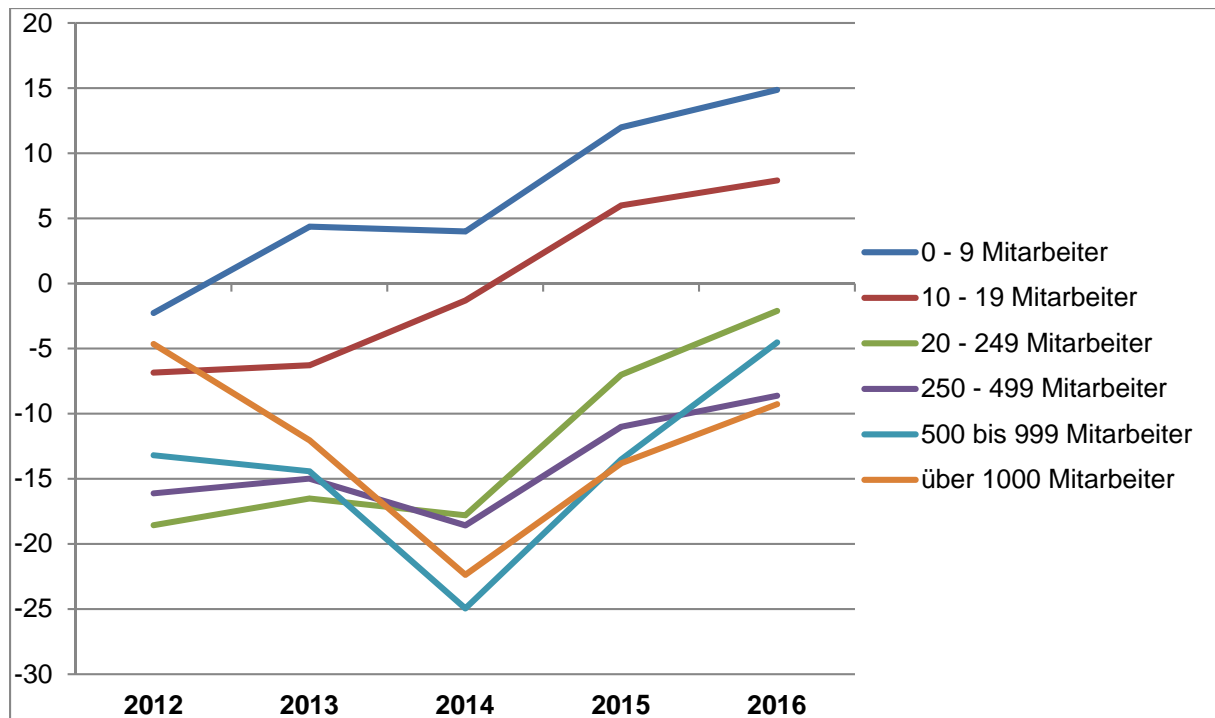


Abbildung 5: Auswirkung der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit (Barometerwert) nach Größenklassen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Auch der **Mittelstand** verbessert mit einem Barometerwert von -2 (20 bis 249 Mitarbeiter) bzw. -9 (250 bis 499 Mitarbeiter) seine Bewertung, bleibt aber im leicht negativen Bereich. Deutliche Verbesserungen gegenüber den Vorjahren sind vor allem bei **Großunternehmen** (500 bis 999 Mitarbeitern) zu verzeichnen. Ein Hintergrund für die Entwicklung ist, dass größere Unternehmen stärker und schneller von den gesunkenen Börsenpreisen für Energie und Strom profitieren.

Kein Exportschlager

Die Energiewende beeinflusst nicht nur den Energieeinsatz in den Unternehmen, sie prägt auch ihre Ausrichtung im Wettbewerb. So besteht seitens der Politik die Hoffnung, dass z. B. Investitionen in die Entwicklung neuer Effizienztechnologien helfen, im Ausland neue Absatzmärkte zu erschließen. Anders als es die verbesserten Ergebnisse zum Einfluss der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erwarten lassen, stagniert der Anteil der Unternehmen, die aufgrund der Energiewende neue Absatzmärkte oder Geschäftsfelder erschließen oder in Forschung und Entwicklung investieren. Bedenklich: Gleichzeitig wird weltweit verstärkt in erneuerbare Energien investiert - 2015 rund 330 Mrd. Euro.⁶ Es ist zu befürchten, dass das Energiewende-Know-how „made in Germany“ sich im internationalen Wettbewerb nicht wie gewünscht flächendeckend durchsetzen kann.

⁶ <https://www.unendlich-viel-energie.de/themen/wirtschaft/investitionen-in-erneuerbare-steigen-global>

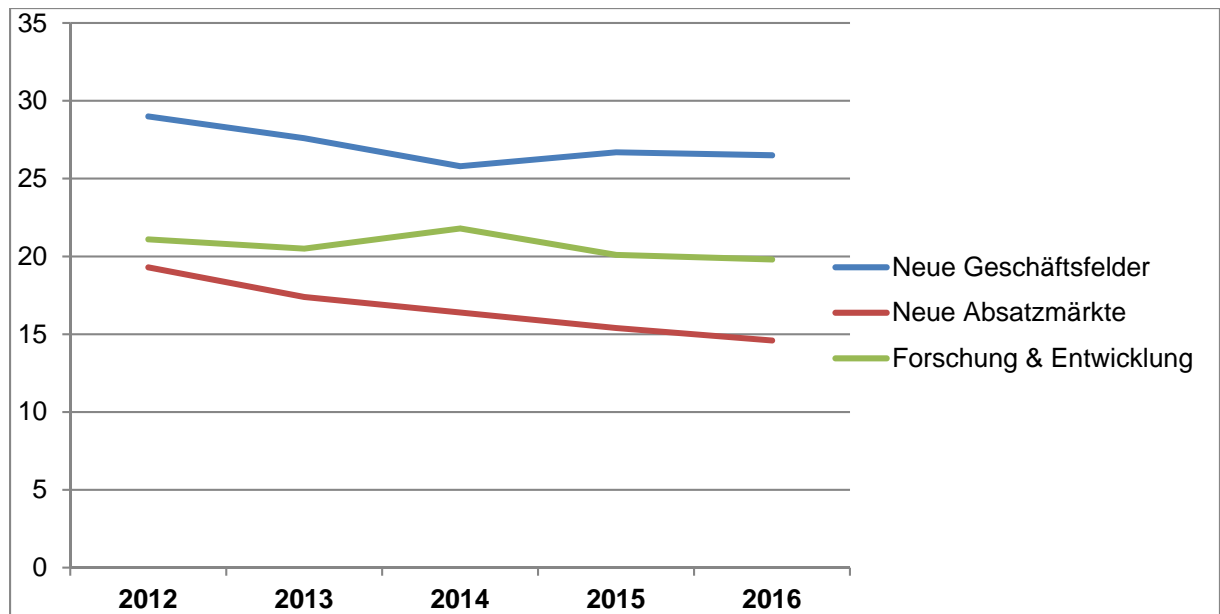


Abbildung 6: Maßnahmen der Unternehmen. Summe aus realisierten, in Umsetzung befindlichen und geplanten Maßnahmen in Prozent. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

4. Energiepreise: Sinkender Ölpreis sorgt für Entspannung

Nur noch ein Viertel der Firmen nimmt laut DIHK-Konjunkturumfrage die Energie- und Rohstoffpreise als Risiko für die eigene wirtschaftliche Entwicklung wahr. Ein Grund sind die gesunkenen Importpreise für Öl, Gas und Kohle. Der Erdölpreis sank in der zweiten Jahreshälfte 2015 noch einmal deutlich auf bis zu 28 USD je Barrel. Inzwischen hat sich der sehr hohe Angebotsüberschuss auf den Weltmärkten zurückgebildet und die Preise haben sich erholt. Gegen Ende des Befragungszeitraums im Juni 2016 pendelten sie sich bei knapp 50 USD ein. Auf den Gasmärkten war die Entwicklung seit Sommer 2015 ebenfalls von einer starken Abwärtsdynamik geprägt. Nach einem zwischenzeitlichen Tiefstand von rund 11 EUR/MWh sind die Großhandelspreise im Juni 2016 wieder bei rund 14 Euro angelangt. Damit liegen sie immer noch rund 30 Prozent unter dem Wert vom Juni 2015. Auch beim Kohlemarkt ist von einem niedrigen Niveau aus ein weiterer Preisrückgang auf 58 Euro je Tonne Drittlandskohle (BAFA) im ersten Quartal 2016 zu verzeichnen gewesen. Getragen von den gesunkenen Brennstoffpreisen hat bei der Fernwärme ein moderater Preisrückgang um rund 5 Prozent eingesetzt. Effekte, die auch im Stromgroßhandel zu beobachten sind.

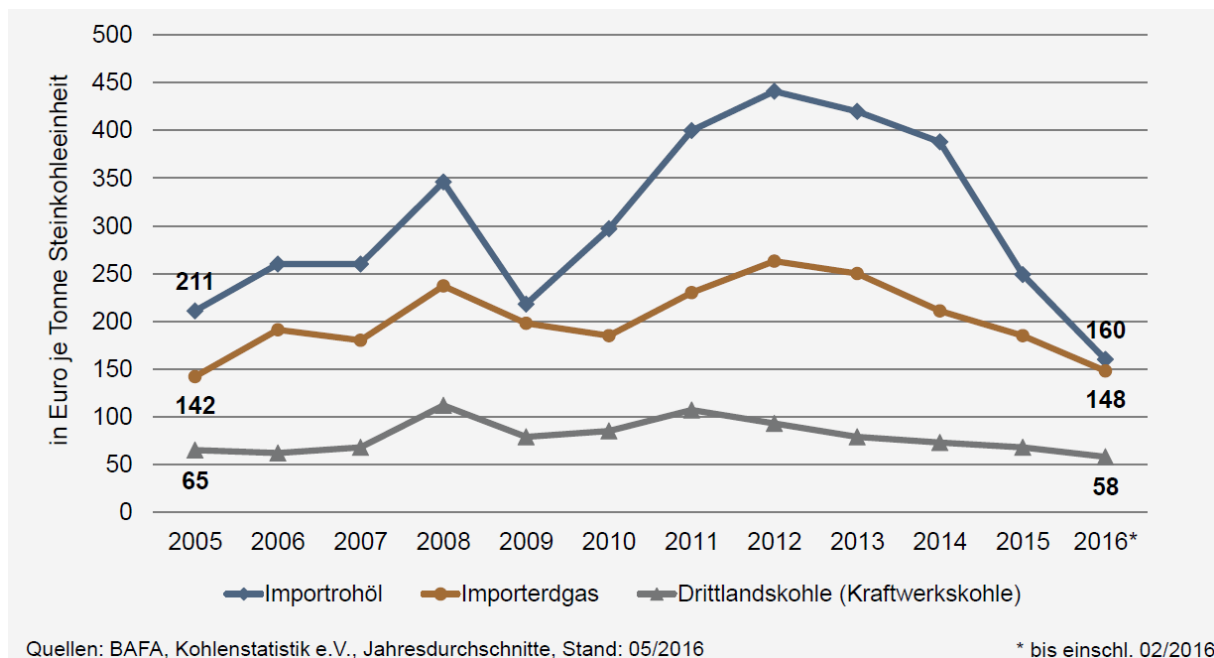


Abbildung 7: Entwicklung der Einfuhrpreise für Gas, Öl und Kohle. Darstellung: BDEW.

Die Stromendkundenpreise blieben zum Jahreswechsel weitgehend konstant. Die weiter sinkenden Großhandelspreise konnten den leichten Anstieg der EEG-Umlage bei vielen Unternehmen kompensieren. Nach vielen Jahren mit rückläufigen bzw. gleichbleibenden Netzentgelten ziehen diese in vielen Netzgebieten aber wieder an und sind in der Mittelspannung um 5,1 Prozent und in der Niederspannung um 4,2 Prozent gestiegen.⁷

Die Energiepreise sind in den vergangenen zwölf Monaten für mehr als dreimal so viele Unternehmen gesunken als gestiegen. Fast die Hälfte der Betriebe (46 Prozent) konnte Öl, Gas oder Fernwärme billiger beziehen. Die weiterhin entspannte Situation auf den Energierohstoffmärkten kam damit deutlich zum Tragen.

⁷ VEA Netznutzungsentgeltvergleiche 2016.

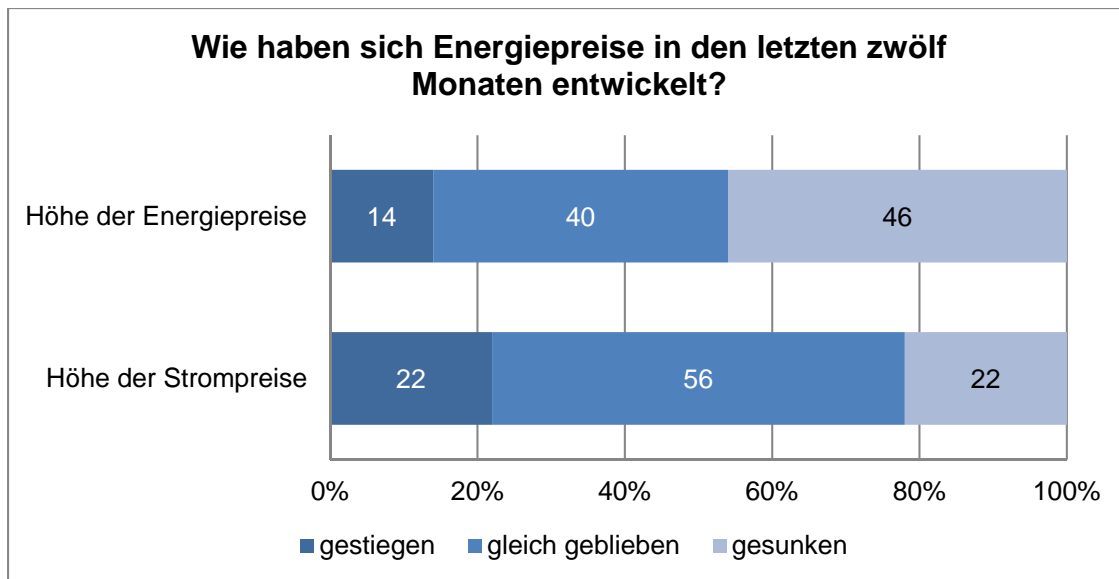


Abbildung 8: Entwicklung der Energiepreise. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.⁸

Bei den Strompreisen zeigt sich hingegen ein ausgeglichenes Bild zwischen höheren und geringeren Bezugskosten. In der Industrie konnten 29 Prozent der Unternehmen von niedrigeren Preisen profitieren, 19 Prozent mussten tiefer in die Tasche greifen. Industriebetriebe haben aufgrund ihrer größeren Einkaufsmengen in der Regel gegenüber Unternehmen anderer Branchen einen Beschaffungsvorteil; sinkende Großhandelspreise kommen deshalb schneller in dieser Branche an.

Trotz dieser Preiserleichterungen im Energie- und zum Teil auch im Strombezug ist das Preisniveau und somit die Kostenbelastung für viele deutsche Unternehmen im europäischen und internationalen Vergleich weiterhin hoch.⁹ Da Erdöl, Erdgas und Steinkohle international gehandelt werden, ergibt sich für die Unternehmen daraus kein positiver Effekt für die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Das Ergebnis macht darüberhinaus die in Deutschland vorherrschende Schieflage beim Standortfaktor Endenergiepreise im europäischen Vergleich deutlich: Eines der höchsten Strompreisniveaus der EU steht einem der niedrigsten Preise für Heizöl gegenüber.

⁸ Gerundete Werte.

⁹ Siehe auch: Stromkosten der energieintensiven Industrie. Ein internationaler Vergleich. Ergänzende Berechnungen für das Jahr 2014. Ecofys, Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung. Köln, Karlsruhe. Juni 2015.

Energiepreise: Empfehlungen der Wirtschaft

Die Unternehmen beobachten die energiepolitische Rahmensetzung sehr genau. Es sind einige positive Ansätze zu verzeichnen, die kostendämpfend auf den Strompreis wirken. Dazu gehören die Umstellung der Förderung erneuerbarer Energien auf Ausschreibungen und der Verzicht auf die Einführung eines Kapazitätsmarkts. Zudem profitiert das Stimmungsbild derzeit von den niedrigen Energierohstoffpreisen. Trotzdem bleibt viel zu tun.

DIHK-Empfehlung Energiepreise

- Um die Unternehmen im Strombereich kurzfristig und auch im internationalen Vergleich zu entlasten und den zu erwartenden weiteren Kostenanstieg zu dämpfen, sollte in einem ersten Schritt die Stromsteuer gesenkt werden.
- Die EEG-Umlage war 2016 nur leicht gestiegen, bereits 2017 dürfte sie aber wieder deutlich zulegen. Daher ist die Finanzierung des EEG-Umlagekontos zu reformieren, um eine deutliche Reduzierung oder Abschaffung der EEG-Umlage zu erreichen. Dabei sollte es keine Denkverbote geben: Emissionshandel, Energie- und Stromsteuer, allgemeiner Haushalt etc. sind als Möglichkeiten zu prüfen.
- Gleichzeitig wird der Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze die Netzentgelte steigen lassen. Daher sollten Sonder- und Ausnahmeregeln zum Schutz energieintensiver Produktionen und Prozesse sowie zum Erhalt von durchgängigen Wertschöpfungsketten in Deutschland beibehalten werden. Die Regelungen sollten aber deutlich vereinfacht werden, um die damit verbundene Bürokratiebelastung und Planungssicherheit für die Unternehmen zu senken.
- Regionale Nachteile bei den Netzentgelten sollten durch eine bundesweite Wälzung der Übertragungsnetzentgelte vermindert werden. Zudem sollten vermiedene Netzentgelte für EE-Anlagen unverzüglich abgeschafft werden.
- Mit der Einführung von Ausschreibungen zur Erneuerbarenförderung nach dem EEG 2017 und dem Strommarktgesetz hält mehr Markt in die Energiewende Einzug. Der regulatorische Rahmen sollte auf dem Weg weiterentwickelt werden, um Wettbewerb, Effizienz und Verlässlichkeit für die Marktteilnehmer zu stärken.

5. Versorgungssicherheit: Achillesferse Netzausbau

Die deutsche Stromversorgungssicherheit ist im internationalen Vergleich nach wie vor vorbildlich. Der Ausbau der Stromnetze von Nord nach Süd bleibt aber die Kernherausforderung, um auch langfristig die Versorgungssicherheit und einen funktionsfähigen Strommarkt in ganz Deutschland und in Europa zu gewährleisten. Beim Ausbau des Übertragungsnetzes sind in den vergangenen Monaten nur kleine Fortschritte zu vermelden. So ist u. a. die Thüringer Strombrücke seit Ende 2015 mit einem von zwei Stromkreisen in Betrieb. Der Ausbaufortschritt der Vorhaben insgesamt ist jedoch nicht befriedigend. Bis zum Ende des ersten Quartals 2016 sind von den ursprünglich bis Ende 2015 vorgesehenen 1.800 km Leitungen nach dem Energieleitungsausbaugesetz rund 600 km fertiggestellt. Von den bis 2025 geplanten 6.100 km Leitungen nach dem Bundesbedarfsplangesetz sind 65 km in Betrieb. Bereits jetzt ist klar, dass die in Gleichstromtechnik auszuführenden Nord-Süd-Verbindungen (HGÜ-Trassen) nicht bis 2022, wenn die letzten Kernkraftwerke vom Netz gehen, fertiggestellt werden können. Voraussichtlich im Herbst 2016 werden die Übertragungsnetzbetreiber ihre überarbeiteten Trassenplanungen unter Berücksichtigung des 2015 beschlossenen Erdkabelvorrangs vorlegen. Nach aktueller Einschätzung der Übertragungsnetzbetreiber werden die HGÜ-Leitungen erst 2025 fertiggestellt werden können.

Die Verzögerungen im Netzausbau schlagen sich vor allem in steigenden Kosten für die Netzstabilisierung (Redispatch, EE-Einspeisemanagement, Vorhalten von Reservekraftwerken) nieder. Im vergangenen Jahr haben sich allein die Kosten für den Redispatch auf rund 1 Mrd. Euro erhöht (2014: 187 Mio. Euro). Dabei werden zur Umgehung von Netzengpässen vorwiegend Windkraftanlagen in Norddeutschland abgeregelt und gleichzeitig die Erzeugung aus konventionellen Kraftwerken im Süden hochgefahren. Die Bundesnetzagentur sieht zum Ausgleich der mangelnden Nord-Süd-Verbindungen einen Kapazitätsbedarf an Reservekraftwerken von 5,4 GW für den kommenden Winter. Für den Winter 2018/2019 reduziert sich der Reservebedarf auf 1,9 GW – allerdings nur unter der Voraussetzung einer Aufspaltung der bislang einheitlichen deutsch-österreichischen Strompreiszone, was einen Einschnitt bei der Harmonisierung der europäischen Strommärkte bedeuten würde. Andernfalls wird der Bedarf an Netzreserve auf 6,3 bis 7 GW geschätzt.

Versorgungsqualität auf hohem Niveau

Störungen in der Stromversorgung haben für Unternehmen in den vergangenen zwölf Monaten eher eine abnehmende (21 Prozent) als eine steigende Bedeutung (17 Prozent) gehabt. Nur in Süddeutschland halten sich Bedeutungszuwachs und -rückgang der Stromversorgungssicherheit die Waage (19 Prozent). Tatsächlich zeigen sich bei einem insgesamt weiter sehr guten Niveau der Versorgungssicherheit etwas mehr Probleme mit der Netzstabilität in Süddeutschland.

Über ganz Deutschland hinweg waren rund ein Fünftel der Unternehmen von Problemen mit der Versorgungssicherheit betroffen. Stromausfälle unter drei Minuten sind dabei etwas häufiger als solche über drei Minuten, die auch statistisch im SAIDI-Wert erfasst werden. Versorgungsunterbrechungen bei Gas spielen kaum eine Rolle (weniger 1 Prozent), was auch die

in Deutschland insgesamt hohe Versorgungssicherheit widerspiegelt. Bei 8 Prozent der Unternehmen haben Versorgungsprobleme bei Strom oder Gas zu Beeinträchtigungen der Produktion geführt.

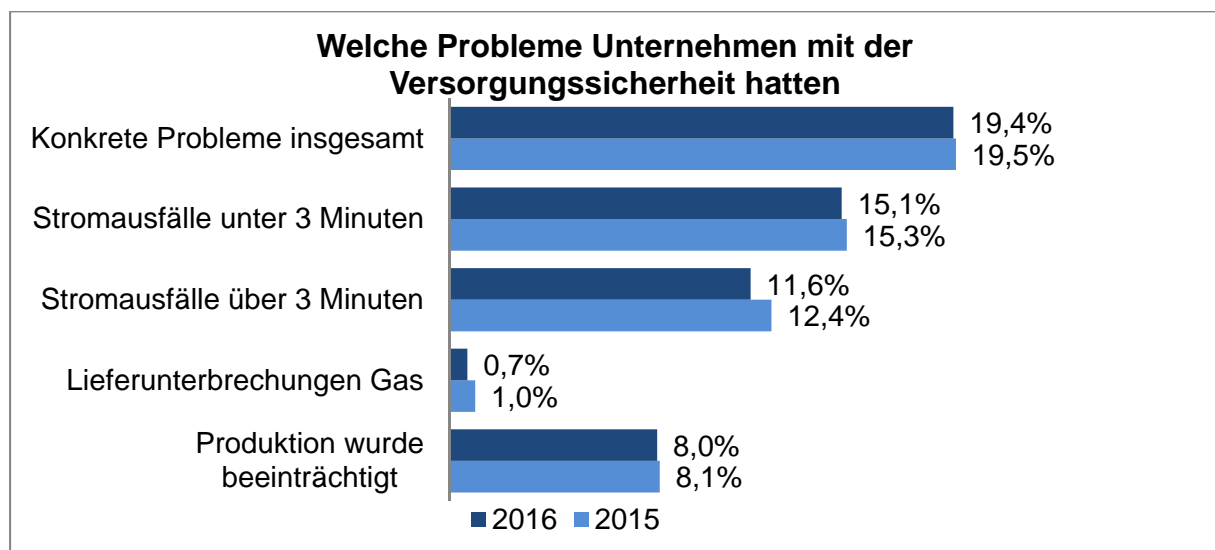


Abbildung 9: Probleme mit der Versorgungssicherheit. 2014 und 2015 Mehrfachnennungen möglich. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Innerhalb der einzelnen Wirtschaftssektoren bleibt die Industrie weiterhin am stärksten von Problemen mit der Versorgungssicherheit betroffen. Hierin zeigt sich auch die höhere Empfindlichkeit industrieller Prozesse gegenüber Problemen bei der Qualität der Versorgung. 28 Prozent der befragten Industrieunternehmen melden konkrete Probleme, bei 18 Prozent wurde die Produktion dadurch beeinträchtigt. Im Schnitt kam es bei Industrieunternehmen, die von Ausfällen betroffen waren, 3,7-mal zu Stromausfällen unter drei Minuten und 1,6-mal zu Stromausfällen über drei Minuten. In Süddeutschland waren es sogar im Schnitt 5,5- bzw. 1,9-mal – häufiger als in den Vorjahren.

In den Sektoren Bau, Handel oder Dienstleistung berichten jeweils 15 bis 18 Prozent der Unternehmen von Stromausfällen, nur bei 3 bis 5 Prozent kam es dadurch zu Beeinträchtigungen.

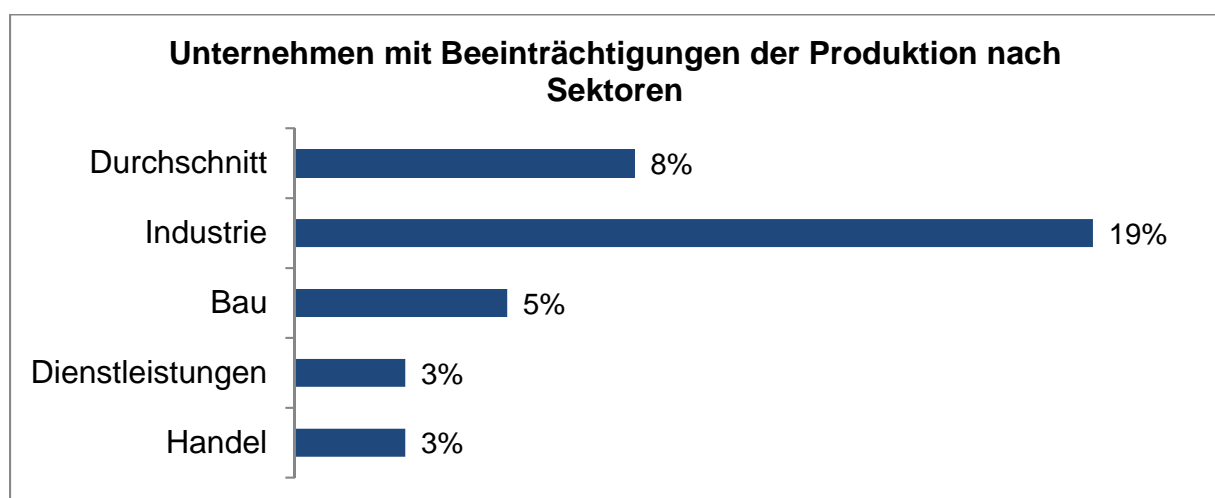


Abbildung 10: Probleme mit der Versorgungssicherheit nach Wirtschaftsbereichen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Absicherungsmaßnahmen weit verbreitet

Bei der Zahl der Unternehmen, die Maßnahmen zur Absicherung gegen Stromausfälle ergreifen, ist in diesem Jahr eine Stabilisierung zu verzeichnen. Die Zahl der Planungen (7 Prozent) und laufenden Projekte (9 Prozent) ist wieder leicht angestiegen. Die realisierten Maßnahmen verbleiben auf Vorjahresniveau (29 Prozent). Es ist davon auszugehen, dass inzwischen die Mehrzahl von Unternehmen, für die Stromausfälle gravierende Folgen haben, Risikominimierung betrieben haben, sofern das technisch möglich und betriebswirtschaftlich leistbar ist. Allerdings zeigen sich auch hier die Auswirkungen einer etwas schlechteren Versorgungsqualität in Süddeutschland: 55 Prozent der Industrieunternehmen führen Absicherungsmaßnahmen durch oder planen dies, während dies deutschlandweit nur knapp die Hälfte tun.

Entsprechend der geringen Zahl von konkreten Lieferproblemen führen nur wenige Unternehmen Maßnahmen zur Absicherung der Gasversorgung durch: Jeweils zwei Prozent planen eine solche oder setzen aktuell eine Absicherung um. Zusammen mit den fast fünf Prozent, die bereits Maßnahmen ergriffen haben, sichert sich etwa jedes zehnte Unternehmen gegen Gaslieferausfälle ab oder denkt darüber nach.

Versorgungssicherheit: Empfehlungen der Wirtschaft

Auch wenn die Versorgungssicherheit bei Strom in Deutschland weiter auf einem sehr hohen Niveau ist, sind sich die Unternehmen über die Risiken für die Zukunft bewusst. Dies drückt sich zum einen in dem stabilen Anteil an Unternehmen aus, die sich mit zusätzlichen Absicherungsmaßnahmen befassen. Diese Sorge um die Versorgungssicherheit drückt sich aber auch in den Forderungen der Unternehmen an die Politik aus: Der Netzausbau steht mit 78 Prozent der Nennungen wie in den vergangenen Jahren klar an erster Stelle der Prioritätenliste (Vorjahr: 75 Prozent). Im Zusammenhang damit steht auch die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren (58 Prozent) und die bessere Abstimmung politischer Maßnahmen (60 Prozent).

DIHK-Empfehlungen Versorgungssicherheit

- Die als notwendig identifizierten Netzausbauvorhaben, insbesondere die großen Gleichstromtrassen von Norden nach Süden (HGÜ), sollten zügig realisiert werden. Denn ein Stromnetz mit ausreichend Transportkapazitäten ist Voraussetzung für eine sichere Versorgung und einen freien Stromhandel.
- Kostenexplosion und zusätzliche Zeitverzögerungen beim Netzausbau sollten vermieden werden. Die Entscheidung, bei den HGÜ-Trassen (Gleichstrom) Erdkabeln Vorrang vor Freileitungen einzuräumen, wird die Kosten kräftig erhöhen und zu Zeitverzug durch notwendige Neuplanung führen.
- Stromausfälle unter drei Minuten sollten erfasst werden, um belastbare Aussagen über die Versorgungssicherheit zu erhalten. Versorgungs- und Netzqualität (Spannungsschwankungen) sollten als Aspekt der Versorgungssicherheit Berücksichtigung finden.

6. Politik bremst Energiewende in den Unternehmen

Die Wirtschaft hat bereits auf vielfältige Weise auf die Energiewende reagiert: Trotz teilweise geringer Energiekostenanteile steigert bereits weit über die Hälfte der Betriebe ihre Energieeffizienz, ein knappes Viertel bezieht Ökostrom und ein Viertel hat in eine eigene Energieversorgung investiert oder setzt dies gerade um. Die Politik tritt bei manchen Themen aber auf die Bremse (Eigenerzeugung) bzw. hat bei anderen die Bremse noch nicht gelöst (Grünstromvermarktung). Die Ergebnisse des Energiewende-Barometers zeigen auf, wo die Unternehmen – unter den richtigen rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – Potenzial für Investitionen sehen.

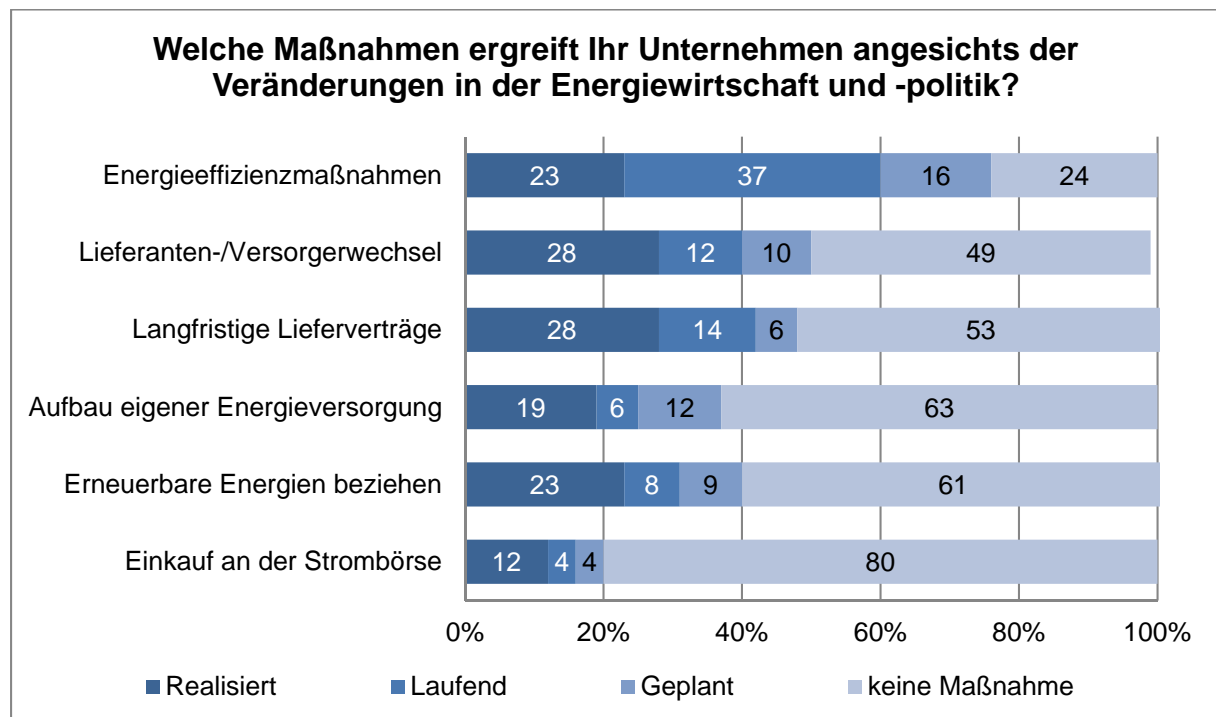


Abbildung 11: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Energieeffizienz: Eigeninitiative der Unternehmen unterstützen

Mit dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) hat die Bundesregierung bereits einen umfassenden Maßnahmenkatalog zum Thema „Energieeffizienz“ vorgegeben und in die Tat umgesetzt. Künftig soll Energieeffizienz zur „ersten Priorität“ in der Energiepolitik werden. Zu der Frage, wie dies gelingen kann, hat das BMWi in einem Grünbuchprozess zu einer breiten Diskussion eingeladen. Die Ergebnisse des IHK-Energiewende-Barometers bestätigen, dass der Ansatz des NAPE, auf Freiwilligkeit zu setzen, besonders erfolgversprechend ist.

Die Ermittlung und Erschließung von Energieeffizienzpotenzialen ist bereits ein zentraler Bestandteil der Unternehmensaktivitäten. Die große Mehrheit der Betriebe ist hier aktiv. Drei von vier Unternehmen haben Energieeffizienzmaßnahmen bereits abgeschlossen oder befinden sich in der Umsetzung bzw. Planung von Maßnahmen. Dabei steigt über die Jahre besonders die Zahl der umgesetzten Maßnahmen.

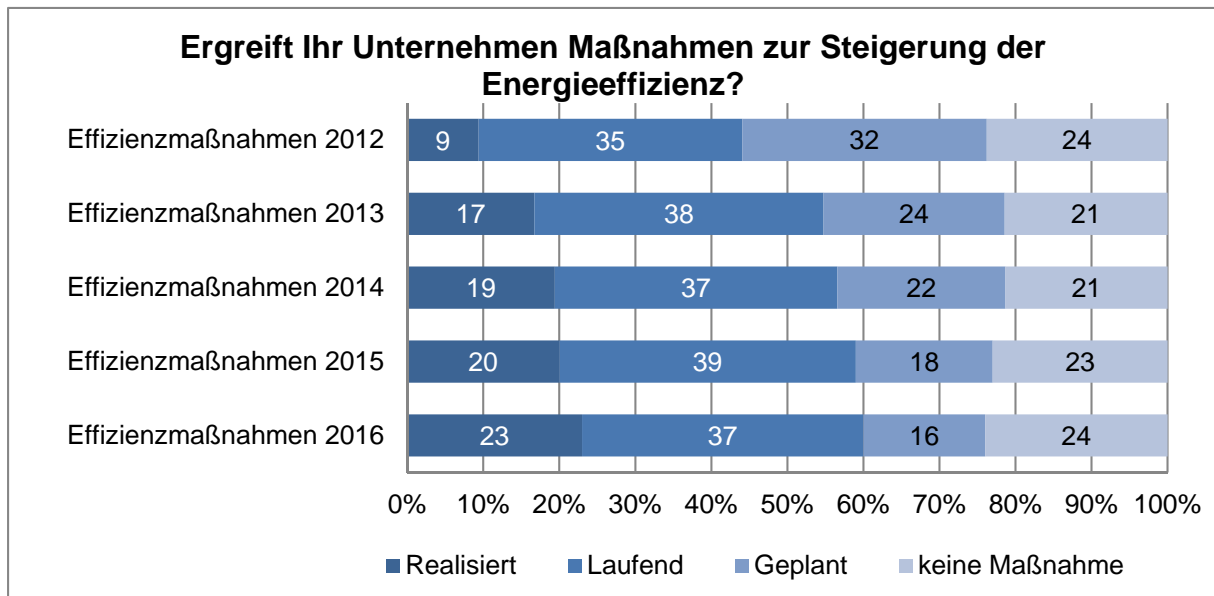


Abbildung 12: Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Dieses gleichbleibend hohe Niveau zeigt sich auch trotz dreier gegenläufiger Entwicklungen: (1) auf den weltweiten Energiemärkten ist das Preisniveau gesunken, (2) die Stromkosten in Deutschland haben sich stabilisiert, wenngleich auf hohem Niveau und (3) die wirtschaftlichen Effizienzpotenziale in den Unternehmen nehmen ab. Während 2014 ein knappes Drittel der Unternehmen Einsparpotenziale von mindestens fünf Prozent in den kommenden fünf Jahren benannte, ist es 2016 weniger als ein Viertel der Unternehmen (2014: 33,6 Prozent; 2016: 23,9 Prozent). Häufig setzen Unternehmen in den ersten Schritten auf niederschwellige Angebote wie Information und Qualifizierung von Mitarbeitern und Projekte mit geringen Amortisationszeiten. Je weiter Unternehmen auf diesem Weg bereits vorangekommen sind, desto schwieriger wird es, wirtschaftlich zu realisierende Potenziale zu identifizieren und zu heben.

In Folge der neuen Verpflichtung von Nicht-KMU zur Durchführung von Energieaudits ist eine deutliche Steigerung bei der Durchführung von Energieaudits oder der Einführung von Managementsystemen zu verzeichnen. Besonders in den Bereichen Handel (von 21 auf 38 Prozent) und Dienstleistungen (von 39 auf 46 Prozent) hat die Nutzung dieser Instrumente im vergangenen Jahr zugenommen. Dieser Effekt war zu erwarten. Gleichzeitig zeigt sich, dass das Potenzial zur Energieeinsparung gegenüber dem Vorjahr nicht zu-, sondern eher abgenommen hat. Während über alle Branchen hinweg 2015 noch 27 Prozent der Unternehmen Einsparpotenziale von mehr als 5 Prozent in den kommenden fünf Jahren sahen, sind es heute noch 24 Prozent. Der Rückgang ist auch ein Indiz für Energieeffizienzmaßnahmen, die in den letzten zwölf Monaten durchgeführt wurden. Erste Erhebungen zur Energieauditpflicht deuten in eine ähnliche Richtung: Es scheint, als würden durch die in Deutschland gewählten Regelungen zur Energieauditpflicht bei den Unternehmen höhere Kosten verursacht, als Potenziale offengelegt werden¹⁰. Ursächlich hierfür ist die Anwendung der europäischen KMU-Definition zur Feststellung der betroffenen Unternehmen, die zur Verpflichtung zahlreicher kleinerer Unternehmenseinheiten mit tendenziell geringen Energieverbräuchen führt.

¹⁰ Siehe „Markterhebung Energieaudit 2016“ des Instituts für Energieeffizienz, in der Produktion EEP der Universität Stuttgart, dem Fraunhofer IPA, der Beuth Hochschule Berlin und der DEnBAG.

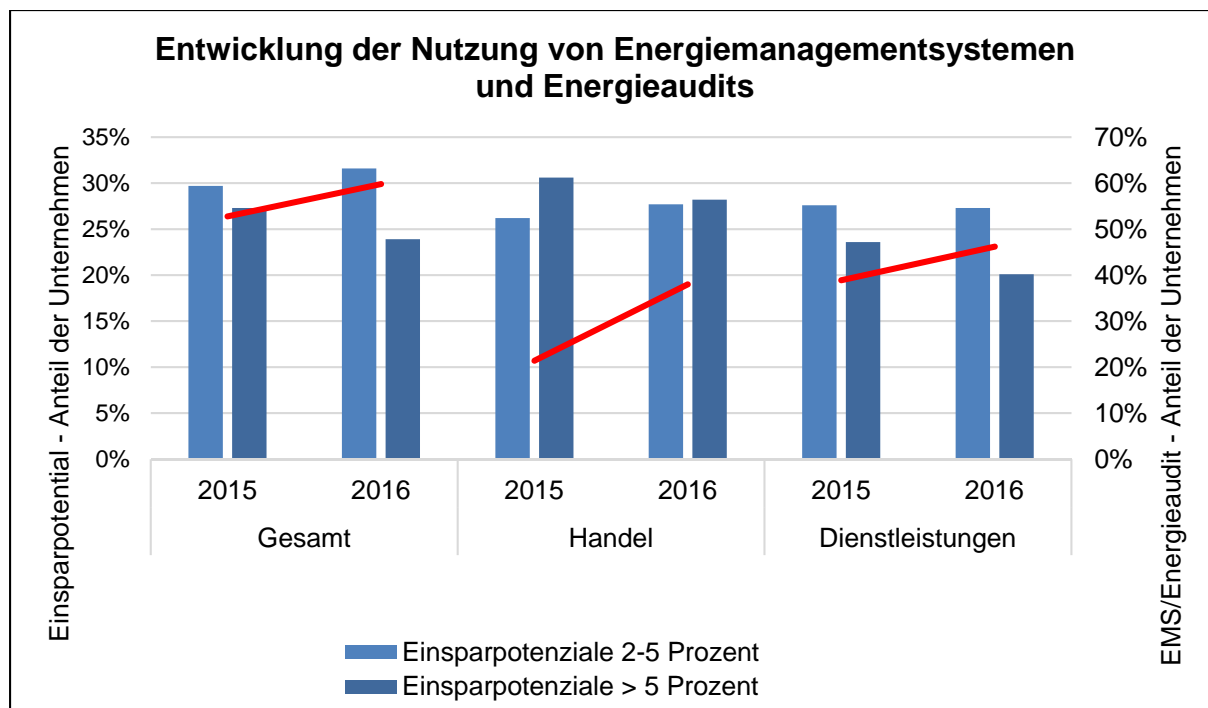


Abbildung 13: Entwicklung der Nutzung von Energiemanagementsystemen und Energieaudits.
 Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Lastmanagement: Hohe Potenziale in der Industrie

Eine wichtige Herausforderung ist der Ausgleich zwischen Energiebereitstellung und -nutzung in Systemen mit zunehmenden Anteilen fluktuierend erzeugender erneuerbarer Energien. Hierzu bedarf es künftig einer weitergehenden Flexibilisierung sowohl auf der Erzeugungs- als auch auf der Nachfrageseite. Bei vielen Unternehmen schlummern technische Potenziale, die beispielsweise zur Stabilisierung des Stromsystems bereitgestellt werden könnten. Auch ist bei vielen Unternehmen die Bereitschaft vorhanden, sich mit den notwendigen technischen und organisatorischen Fragen auseinanderzusetzen. Bereits heute gibt knapp ein Drittel der Unternehmen an, innerbetriebliches Lastmanagement als geeignete Maßnahme zur Steigerung der eigenen Energieeffizienz und zur Kosteneinsparung, z. B. durch Spitzenlastmanagement, zu betrachten. Bei den Industrieunternehmen sind es sogar 45 Prozent der befragten Unternehmen.

Die Betriebe stehen somit grundsätzlich bereit, an der Weiterentwicklung der Energiemärkte und der stärkeren Verzahnung von Anwendungsfeldern (Stichwort „Sektorkopplung“) mitzuwirken. Mit dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende und dem gestaffelten Smart Meter-Rollout werden nun die technischen Grundlagen geschaffen. Die heutige Abgabenstruktur steht tragfähigen Geschäftsmodellen aber noch vielfach entgegen.

Energieeinkauf: Langfristverträge mit großer Bedeutung

Mit der Energiewende haben viele Unternehmen ihre Beschaffungsstrategie neu aufgestellt. Sie schließen häufig langfristige Verträge ab, wechseln gerne zu einem günstigeren Lieferanten oder sind öfter an der Strombörse aktiv als früher.

Viele Unternehmen (28 Prozent) haben einen langfristigen Liefervertrag mit ihrem Energieversorger abgeschlossen, weitere 14 Prozent wollen diese Maßnahme umsetzen. Vor dem Hintergrund stetig sinkender Spotmarktpreise ist die Beliebtheit solcher Verträge überraschend. Hintergrund für einen solchen Schritt ist aber die anhaltende Unsicherheit über die künftigen politischen Rahmenbedingungen. Zudem wollen viele Unternehmen Planungssicherheit haben und sich nicht zu häufig mit einer Nebentätigkeit zum Kerngeschäft auseinandersetzen müssen. Für die Energiewende kann die Strategie der Unternehmen ein Problem werden. Schließlich ist es Ziel der Bundesregierung, dass Unternehmen flexibel und kurzfristig auf den Strompreis reagieren.

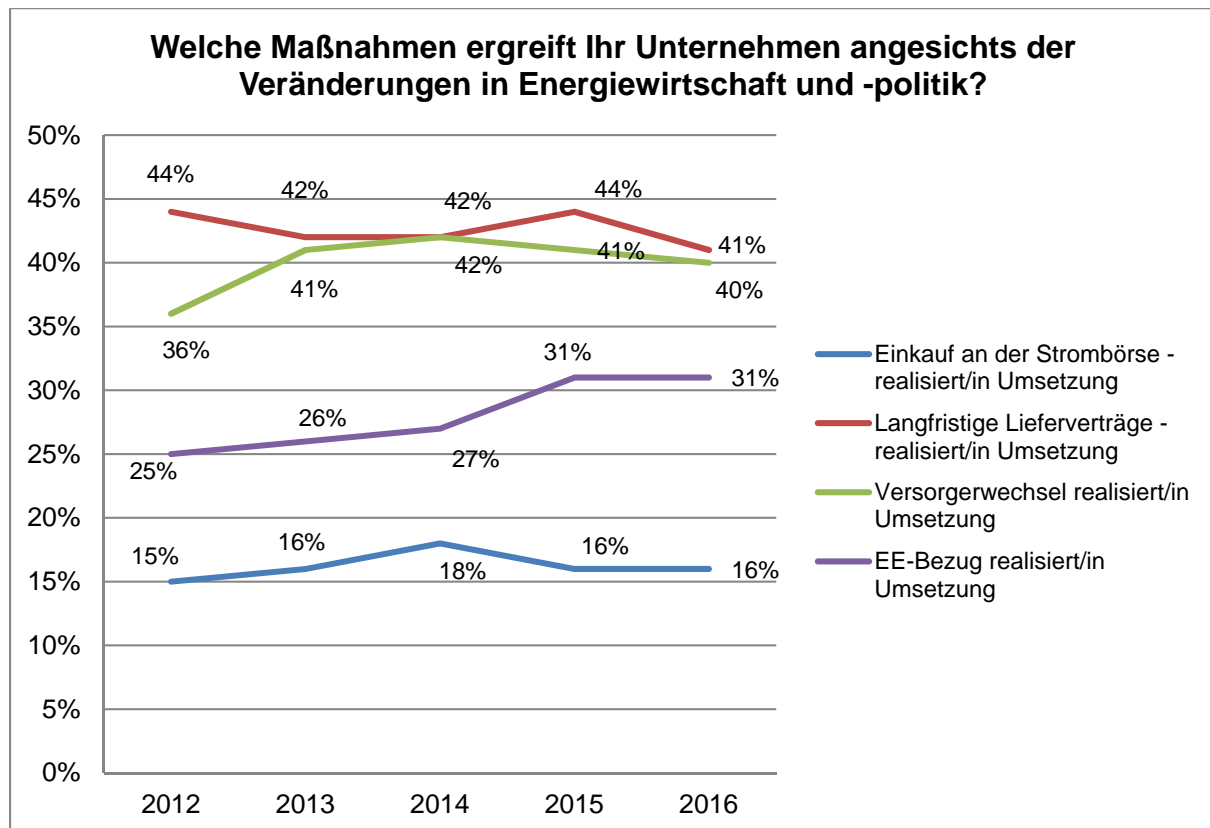


Abbildung 14: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Auch der Anteil der Unternehmen, die Ökostrom beziehen, stagniert gegenüber dem Vorjahr und hat in den vergangenen Jahren auch nur leicht zugenommen – trotz Energiewende. Es hat sich bei den Unternehmen herumgesprochen: Ökostrombezug heißt vorwiegend Wasserstrom aus Norwegen oder den Alpenländern. Sie wissen, dass sie damit derzeit zur deutschen Energiewende keinen Beitrag leisten, denn Anlagen, die eine Förderung nach dem EEG erhalten, müssen ihren Strom ohne die „grüne“ Eigenschaft an der Strombörse verkaufen. Eine Weiterentwicklung der Grünstromvermarktung könnte insoweit neue Potenziale erschließen.

Eigenversorgung: Der Trend ist beendet

In den vergangenen Jahren gab es einen deutlichen Trend, einen Teil der Stromversorgung selbst über Investitionen in Eigenerzeugungsanlagen zu decken. Von 2012 bis 2015 hat sich der Anteil der Unternehmen, die Eigenerzeugungsmaßnahmen realisiert haben, von zehn

auf 20 Prozent verdoppelt. Beweggründe dafür waren: Über Eigenerzeugung kann eine Absicherung gegen steigende Strompreise, höhere Flexibilität und Effizienz, eine zusätzliche Absicherung der Versorgung und die Umstellung auf mehr Grünstrom miteinander vereint werden. Seit Sommer 2014 wird die Eigenerzeugung aus neuen Anlagen anteilig mit EEG-Umlage belastet. Bestandsanlagen sollen künftig nach erheblichen Modernisierungen ebenfalls belastet werden. Zudem wurde zum Jahreswechsel 2015/2016 die Förderung von KWK-Eigenerzeugung weitgehend beendet.

Bereits seit 2013 steigt die Anzahl der Unternehmen, die auf Eigenerzeugung setzen oder den Einstieg planen aber nicht mehr an. Nun ist zum ersten Mal die Zahl der realisierten Maßnahmen gesunken. Dies deutet darauf hin, dass einige Unternehmen aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen und fehlender Planungssicherheit keine Ersatzinvestitionen getätigt bzw. auf Volleinspeisung der Anlage umgestellt haben. Bei den früher geplanten Projekten ist davon auszugehen, dass viele nicht realisiert wurden.

Zwischen erneuerbarer und konventioneller Eigenerzeugung scheint sich allerdings eine Lücke aufzutun. Während die Zahlen bei erneuerbaren Energien hinsichtlich in Umsetzung und in Planung befindlicher Projekte jeweils um ein Prozentpunkt gestiegen sind und auch bei den realisierten Maßnahmen ein leichter Anstieg zu konstatieren ist (+ 0,5 Prozentpunkte), sind die Werte für konventionelle Anlagen durchgängig rückläufig. Es wird sich in den kommenden Jahren zeigen, ob daraus ein Trend wird.

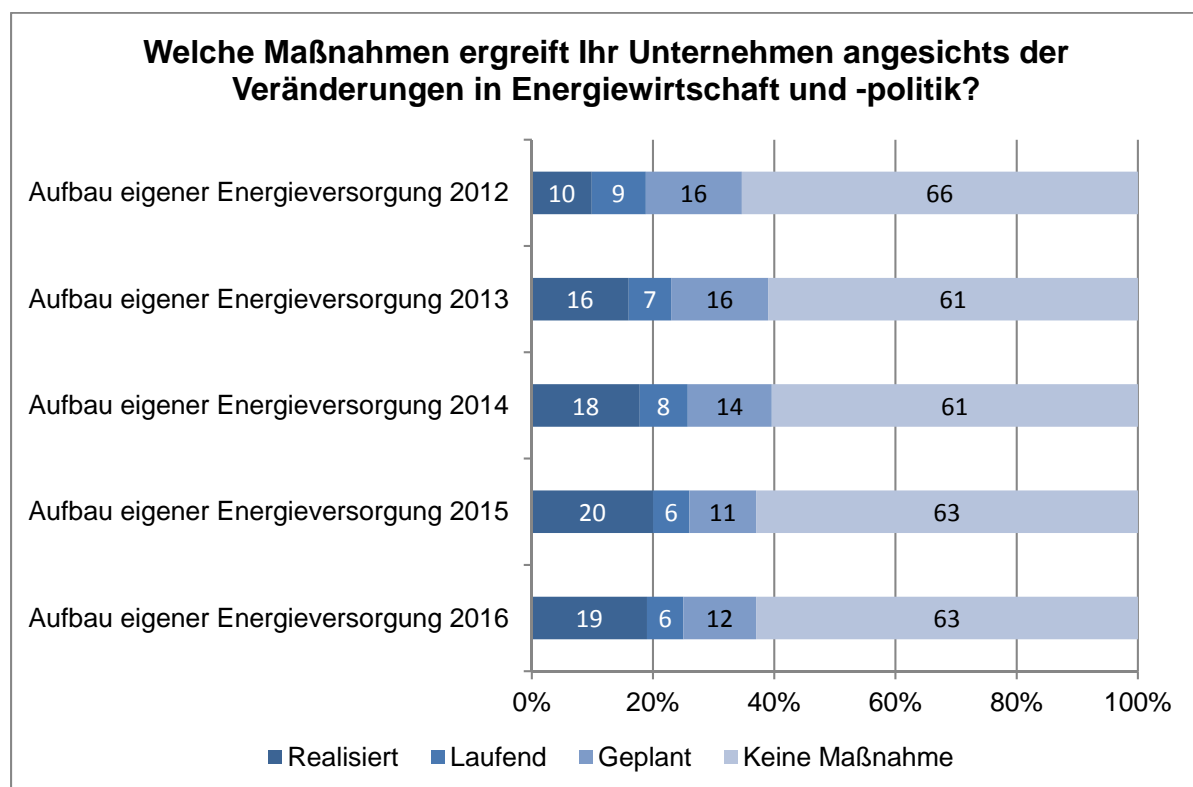


Abbildung 15: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Alternative Antriebe: Angebot passt noch nicht

Mit der Kaufprämie für Elektrofahrzeuge hat die Bundesregierung einen weiteren Fördertopf geöffnet, um die Energiewende auch im Verkehrssektor voranzutreiben. Mit dem gleichen Ziel wurde auch die Steuerermäßigung für Erdgaskraftstoff verlängert. Denn bisher sind alternative Antriebe in der Breite noch nicht als Instrument zur Umsetzung der Energiewende und zur Steigerung der Energieeffizienz angekommen – ganz im Gegensatz zu etablierten Schritten wie Mitarbeiterqualifikation und Investitionen in eine energieeffiziente Produktion. So rangiert das Thema Energieeffizienz in der Mobilität noch im unteren Bereich der häufigsten Energieeffizienzmaßnahmen in den Unternehmen (27 Prozent). Gleichzeitig ist hier großes Potenzial vorhanden, wenn man berücksichtigt, dass 94 Prozent aller befragten Unternehmen Firmen- oder Betriebsfahrzeuge besitzen und insgesamt zwei Drittel der PKW-Neuzulassungen auf gewerblich genutzte Fahrzeuge entfallen.

Für das Energiewende-Barometer wurden die Unternehmen erstmals zu den vier alternativen Antrieben bzw. Kraftstoffen Strom, Erdgas, Biokraftstoffe und Wasserstoff befragt. Das größte Interesse besteht an Elektromobilität: 23 Prozent der Unternehmen beabsichtigen hier eine Anschaffung. Dagegen planen Unternehmen kaum, Fahrzeuge anzuschaffen, die Erdgas (2 Prozent), Wasserstoff (4 Prozent) oder Biokraftstoffe (1 Prozent) als Treibstoff nutzen. Im Bestand ergibt sich eine kleine Überraschung: So nutzen bereits 12 Prozent der Unternehmen mit eigenem Fuhrpark zumindest ein Elektrofahrzeug und 5 Prozent ein Erdgasfahrzeug. Interesse und Berührungspunkte bestehen also bereits.

Das Interesse und die Nutzung von Elektromobilität unterscheidet sich in den einzelnen Regionen nur wenig. Lediglich im Süden haben Unternehmen schon etwas häufiger ein Elektrofahrzeug angeschafft. Bemerkenswerte Unterschiede gibt es aber nach Branche und Größe des Unternehmens (siehe Abbildung 16). Während 15 Prozent der befragten Industrieunternehmen die Anschaffung von Elektrofahrzeugen einplanen, sind dies im Dienstleistungsbereich mehr als ein Viertel (27 Prozent). Auch nach Unternehmensgröße gibt es signifikante Unterschiede: So haben Betriebe bis 20 Mitarbeiter zwar bisher kaum Elektrofahrzeuge angeschafft, jedoch ist ihre Anschaffungsneigung (geplante Maßnahme) mit über 30 Prozent umso größer. In den Fuhrparks großer Firmen findet man dagegen schon heute deutlich häufiger Stromer (35 Prozent) bzw. es befinden sich vergleichsweise viele Maßnahmen in der Umsetzung (12 Prozent). Damit findet bereits in fast der Hälfte der Flotten großer Unternehmen eine Teilelektrifizierung statt – wenn auch in geringer Tiefe. Die Anschaffungsneigung hat mit 13 Prozent nach der ersten Neugier schon wieder nachgelassen, was für Probleme beim politisch gewollten Markthochlauf und damit auch der Durchdringung in Firmenflotten spricht.

In großen Unternehmen (> 500 MA) findet sich auch ein größerer Anteil (10 Prozent), der über die Nutzung von Erdgasfahrzeugen bereits Erfahrungen mit diesem alternativen Kraftstoff gemacht hat. Allerdings kommen hier kaum neue Maßnahmen nach. Gerade große Unternehmen erproben alternative Antriebe und die Integration in ihre Flotte, die Durchdringung bzw. Etablierung als Standardfahrzeug ist jedoch noch längst nicht geschafft.

Drei bekannte Barrieren dafür sind weiterhin relevant: Größtes Hindernis für Erwerb oder Leasing von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben ist, dass die Fahrzeuge die geforderten

Anforderungsprofile nicht erfüllen (83 Prozent). Dies ist insbesondere bei großen Unternehmen überdurchschnittlich der Fall (87 Prozent), die mittels strukturierten Fuhrparkmanagements einen genauen Überblick über ihre Anforderungsprofile haben. Das Thema Wirtschaftlichkeit (59 Prozent) und die Lade- und Tankstelleninfrastruktur (67 Prozent) stehen dahinter zurück. Die geringste Bedeutung haben diese beiden Hürden in den Augen von kleinen Betrieben mit bis zu 9 Mitarbeitern (46 bzw. 61 Prozent).

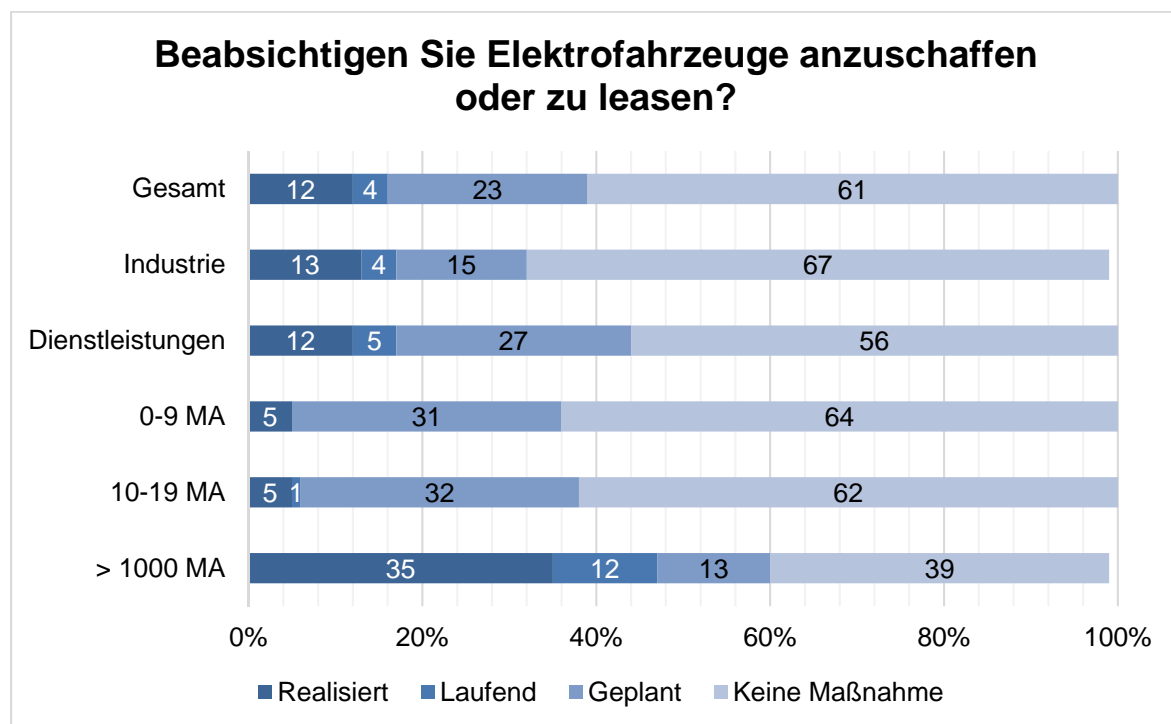


Abbildung 16: Geplante Anschaffung von Elektrofahrzeugen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Insgesamt zeigt sich, dass die Angebotspalette hinsichtlich Reichweite, Leistung und Zuladung weiterentwickelt werden sollte, damit aus Interesse auch eine Marktdurchdringung in den Flotten der Unternehmen entwickelt wird. Nicht zuletzt ist es auch vor dem Hintergrund der EU-Emissionsziele im Verkehrsbereich für 2030 notwendig, das Interesse der Unternehmen an alternativen Antrieben in einen selbsttragenden Markthochlauf zu entwickeln.

Gebäudesanierung als Effizienzmaßnahme weiterhin gefragt

Unter den am häufigsten genannten Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz findet sich die energetische Gebäudesanierung mit 38 Prozent, wie schon im Vorjahr, auf dem dritten Platz. In den Sektoren Handel (45 Prozent) und Dienstleistung (37 Prozent) rangiert diese Maßnahme an zweiter Stelle der ergriffenen Energieeffizienzmaßnahmen.

Damit wird zum einen deutlich, dass Unternehmen für die Energieeffizienz ihrer Gebäude sensibilisiert sind und zum anderen freiwillig in diese Maßnahmen investieren wollen. So sind die Antragszahlen für die entsprechenden Förderprogramme von KfW und BAFA¹¹ angestiegen, seitdem die Bundesregierung die Förderbedingungen für Unternehmen verbessert hat. Dass Freiwilligkeit bei der Energieeffizienz zu guten Ergebnissen bei Energieeinsparung und

¹¹ Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien in der Wärmeerzeugung des BAFA und CO₂-Gebäudesanierungsprogramm (KfW).

CO₂-Reduzierung führt, zeigt auch der Erfahrungsbericht der Bundesregierung zum EEWärmeG. Die Förderung durch das Marktanreizprogramm für erneuerbare Wärme hat jährlich 3,5 Mio. Tonnen CO₂ eingespart, während die ordnungsrechtliche Verpflichtung zur Nutzung erneuerbarer Wärme nach dem EEWärmeG im Neubau nur zu einer Minderung um 0,3 Mio. Tonnen im Zeitraum von 2009 bis 2013 führte. Dies spricht dafür, auch bei der anstehenden Reform und Zusammenlegung von EnEV und EEWärmeG die Grundsätze von Freiwilligkeit und Wirtschaftlichkeit bei energetischen Sanierungsmaßnahmen beizubehalten.

Strategisches Energiemanagement in Unternehmen: Das empfiehlt die Wirtschaft

Unternehmen begegnen der Herausforderung Energiewende in vielfältiger Weise. Energieeffizienz ist die Nummer eins, um Kostenbelastungen zu begrenzen, gefolgt von einer Optimierung der Einkaufsstrategien. Potenziale von Eigenerzeugung und Ökostrombezug bleiben derzeit aufgrund der politischen Rahmenbedingungen ungenutzt.

DIHK-Empfehlungen strategisches Energiemanagement

- Generell sollte die „Haltbarkeit“ energiepolitischer Entscheidungen erhöht werden, damit Unternehmen langfristig investieren können. Das ist auch gut für die Energiewende.
- Die Belastung neuer Eigenerzeugungsanlagen mit EEG-Umlage sollte rückgängig gemacht werden. In jedem Fall ist eine Sicherung des Bestandsschutzes auch über das Jahr 2017 hinaus erforderlich.
- Die Vermarktungsoptionen für Strom aus Erneuerbaren-Anlagen als Grünstrom sollten verbessert werden.
- Die Netzentgeltstruktur sollte so weiterentwickelt werden, dass Unternehmen der Weg von einer innerbetrieblichen Optimierung (Lastmanagement) zu einer system- und netzdienlichen Betriebsführung (Demand Side Management) ermöglicht wird.
- Die Entwicklung und Umsetzung von unternehmensindividuellen Energieeffizienzmaßnahmen sollte durch positive Anreize stimuliert werden. Hierzu zählen eine stärkere Entbürokratisierung und Verzahnung bestehender Förderinstrumente.
- Für eine EU-weit einheitliche Umsetzung der Energieauditpflicht sollte eine Abgrenzung zwischen KMU und Nicht-KMU in allen Mitgliedstaaten gleichlautend und ausschließlich auf Basis der tatsächlichen Unternehmensgröße unabhängig von Eigentümerstrukturen oder Unternehmensverflechtungen erfolgen.

7. Zusammenfassung: Das empfiehlt die Wirtschaft

Zum ersten Mal seit Start des Energiewende-Barometers 2012 bewertet die deutsche Wirtschaft die Auswirkungen der Energiewende auf das eigene Geschäft minimal positiv. Ausnahmen sind insbesondere große Industriebetriebe. Damit hat sich der Aufwärtstrend der vergangenen drei Jahre fortgesetzt. Konstante Strompreise, eine weiterhin hohe Versorgungssicherheit sowie die niedrigen Öl-, Gas- und Kohlepreise an den Weltmärkten haben hierzu ihren Beitrag geleistet.

Mit der Energiewende stehen wir vielen Herausforderungen gegenüber: So sind die hohen, von staatlichen Abgaben geprägten Stromkosten für viele Unternehmen im internationalen Wettbewerb nach wie vor ein großes Problem. Zudem ist weiterhin unklar, bis wann die neuen, notwendigen Stromnetze tatsächlich fertig werden. Die Top-Forderungen der Wirtschaft sind daher: Versorgung sichern, Kosten senken und Koordination der politischen Maßnahmen verbessern.

Versorgungssicherheit nur mit Netzausbau

Die Energiewende kann nur dann ein Erfolg sein, wenn der Strom auch dort ankommt, wo er gebraucht wird. Zwar scheint das politische Tauziehen mit dem Vorrang für Erdkabel bei Gleichstromnetzen beendet, jedoch kommt der Netzausbau weiterhin nur schleppend voran (vgl. Kapitel 5). Darüber machen sich die Unternehmen mit weitem Abstand die meisten Sorgen (78 Prozent). Bei den Großunternehmen sind es sogar 86 Prozent, die einen rascheren Netzausbau fordern.

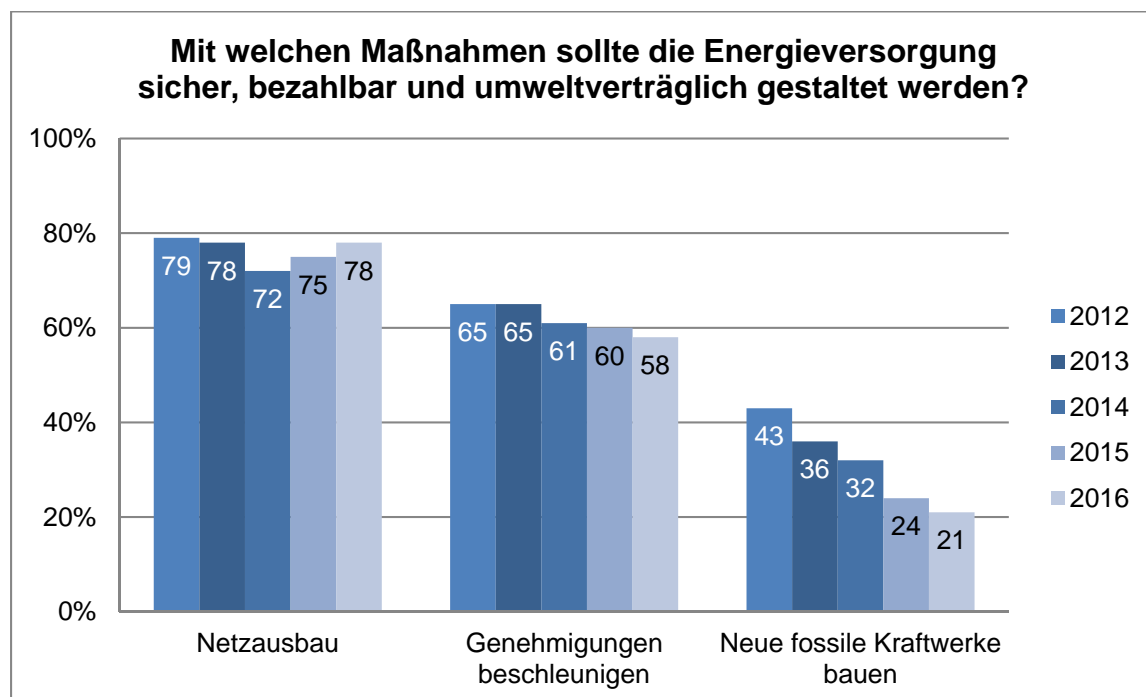


Abbildung 17: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Ein rascher Netzausbau erfordert schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren. Mit der Übertragung der Planungs- und Genehmigungskompetenz für länderübergreifende Strecken auf die Bundesnetzagentur wurde bereits 2011 ein wichtiger Schritt umgesetzt (Netzausbau-beschleunigungsgesetz (NABEG)). Um die Realisierungszeiten von bislang durchschnittlich zwölf auf deutlich unter zehn Jahre zu senken, bedarf es aber mehr politischer Unterstützung der Vorhaben vor Ort. Das sehen mit 58 Prozent auch nach wie vor deutlich mehr als die Hälfte der Unternehmen so.

Der Neubau konventioneller Kraftwerke nimmt dagegen aus Sicht der Unternehmen sukzes-sive an Bedeutung ab. Im Vergleich zu 2012 fordern mit 21 Prozent nur noch halb so viele Betriebe Neubauten. Dies spiegeln einerseits die derzeit bestehenden Überkapazitäten am Strommarkt wider und andererseits die sinkenden Bedenken, dass die Energiewende die Ver-sorgungssicherheit gefährdet.

Stromkosten bleiben Thema

Niedrige Preise für fossile Energieträger und die zweijährige Atempause beim Anstieg der Stromkosten haben eines nicht geschafft: Die Forderung nach einer Senkung der Steuern und Abgaben bei den Strompreisen vom Tisch zu bekommen. Mit 57 Prozent gehört sie wei-terhin zu den Top-Forderungen der Wirtschaft.

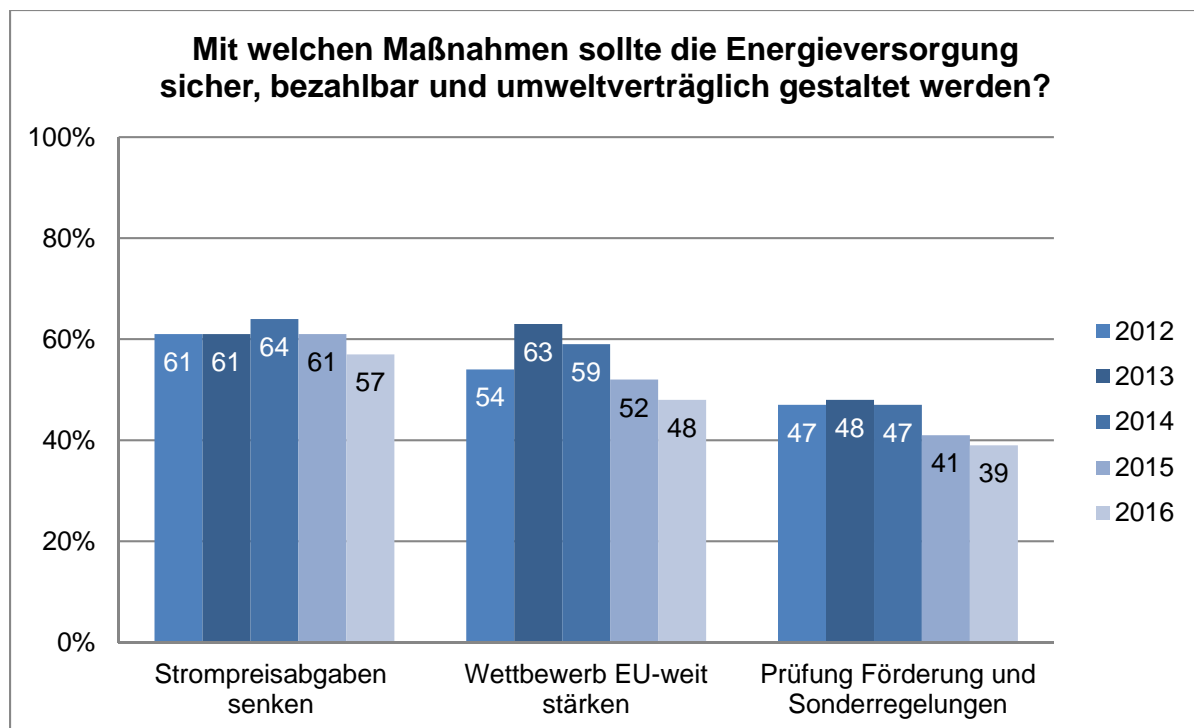


Abbildung 18: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Vielen Unternehmen ist bewusst, dass es sich nur um eine Atempause handelt und ein wei-terer Anstieg der EEG-Umlage und vor allem auch der Netzentgelte in vielen Netzgebieten ins Haus steht. Mit der Senkung der Stromsteuer bestünde ein einfacher und schneller He-bel, um den weiteren Anstieg der Endkundenpreise in der Breite zumindest zu dämpfen.

Der Wettbewerb im Strommarkt ist mit der europäischen Marktkopplung in den letzten Jahren deutlich vorangekommen. Daher überrascht es auch nicht, dass die Forderung nach mehr EU-weitem Wettbewerb an Bedeutung verloren hat.

Koordination der Energiewende bleibt ausbaufähig

Viele Ziele und Maßnahmen stehen nach wie vor unverbunden nebeneinander. So möchte die Bundesregierung einerseits den CO₂-Ausstoß im Verkehrs- und Wärmebereich durch eine stärkere Elektrifizierung senken, andererseits soll aber der Stromverbrauch bis 2050 um 25 Prozent zurückgehen. Mit dem Emissionshandel als sektorübergreifendes, europäisches Instrument und den vielen nationalen Einzelmaßnahmen, wie in Deutschland der EEG- und KWK-Förderung oder der Ökosteuer, stehen verschiedene Klimaschutzinstrumente unkoordiniert nebeneinander. Solche Diskrepanzen sehen 60 Prozent der Unternehmen als Problem und fordern eine bessere Koordination ein.

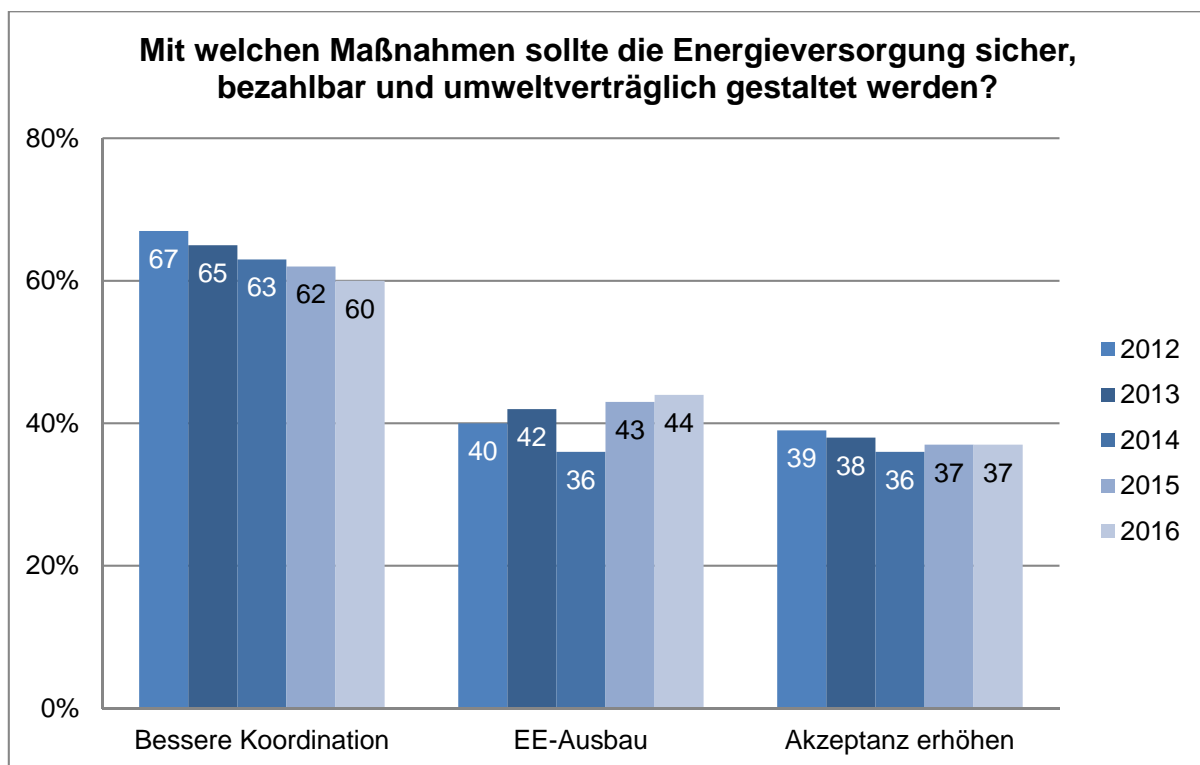


Abbildung 19: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Die unterschiedlichen Interessen der Bundesländer haben sich auch bei der EEG-Novelle 2017 gezeigt. Demnach wollten z. B. die Küstenländer einen beschleunigten Ausbau der Windenergie auf See, was die Bundesregierung abgelehnt hat, da durch den fehlenden Netzausbau noch mehr Redispatchkosten anfallen würden.

Akzeptanz und rascher EE-Ausbau stehen auf der Prioritätenliste der Unternehmen weiter hinten. Auffällig ist aber, dass sich eine signifikante und leicht steigende Zahl an Unternehmen dafür ausspricht, den Erneuerbaren-Ausbau voranzutreiben.

Energieeffizienz als Managementaufgabe der Unternehmen

Im Bereich der Energieeffizienz fällt auf: Die Forderungen nach mehr Unterstützung von Energieeffizienzmaßnahmen und nach schärferen Effizienzvorgaben haben im Zeitverlauf um jeweils rund ein Viertel abgenommen. Dies zeigt: Energieeffizienz ist Managementaufgabe der Unternehmen, staatliche Maßnahmen sollten diese lediglich flankieren. Staatliche Einsparvorgaben sind daher auch nicht notwendig, um Maßnahmen anzuregen. Der Nationale Aktionsplan Energieeffizienz greift die Forderung der Unternehmen auf. Die „Mittelstandsinitiative Energiewende und Klimaschutz“ sensibilisiert und hilft den Unternehmen, sorgsam mit dem Einsatz von Energie umzugehen.

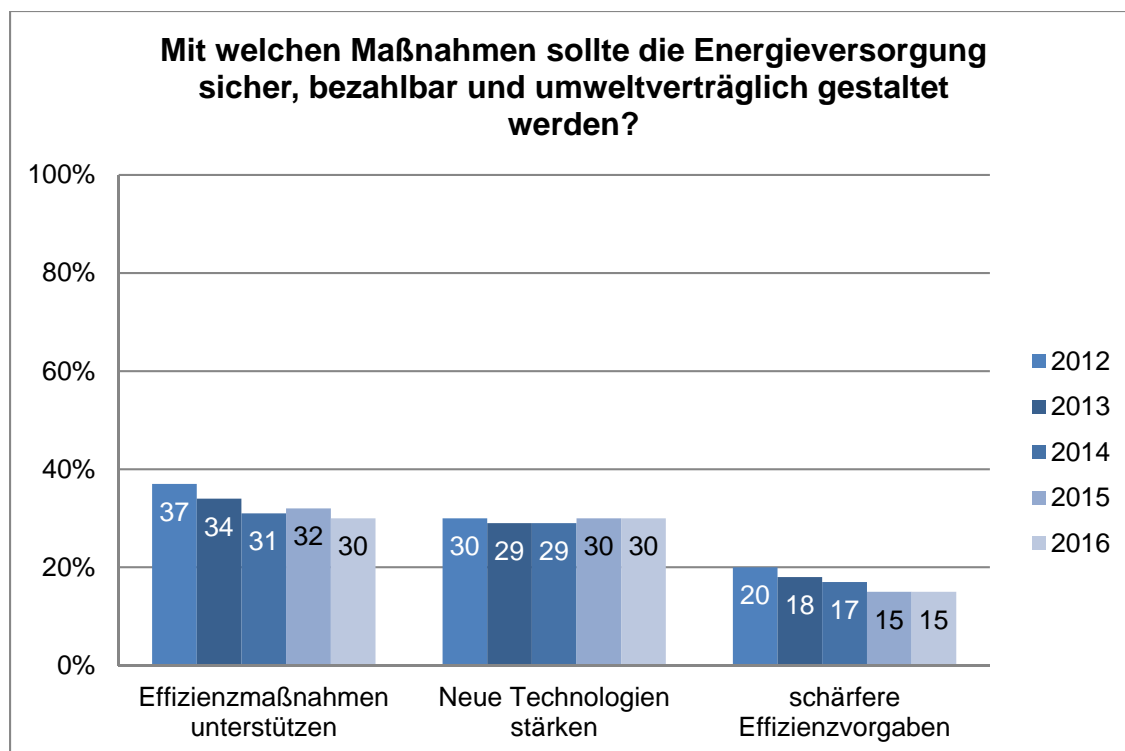


Abbildung 20: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.